

uniforum

Zeitung der Justus-Liebig-Universität Gießen

35. Jahrgang | 2022 | Nr. 1 / 7. April 2022



Dieser Ausgabe liegt das Magazin **forumforschung** bei.

Hilfsfonds der mittelhessischen Hochschulen

Hilfe für Studierende, Forschende und Lehrende aus der Ukraine

pm/dit. Angesichts des Krieges in der Ukraine stehen die Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), die Philipps-Universität Marburg (UMR) und die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) ihren ukrainischen Partnerinstitutionen zur Seite: Über einen Hilfsfonds fördern die im Forschungscampus Mittelhessen verbundenen drei Hochschulen kurzfristig in Not geratene Studierende, Promovierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine, um ihnen den Aufenthalt in Gießen oder Marburg zu ermöglichen. Die Förderung steht zunächst für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten bereit und dient der Überbrückung bis zum Anlaufen erwarteter weiterer Förderprogramme der Bundesregierung.

Die Förderung kann für Personen aus der Ukraine beantragt werden, die eine Verbindung zu einer der drei mittelhessischen Hochschulen haben. Im Einzelnen handelt es sich dabei um

- Studierende oder Promovierende der mittelhessischen Hochschulen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit, die aufgrund der aktuellen Situation in eine finanzielle Notlage geraten sind,
- Studierende oder Promovierende, die aus der Ukraine geflohen sind und ihr Studium bzw. ihre Promotion an einer der mittelhessischen Hochschulen fortsetzen möchten oder

• geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von ukrainischen Kooperationspartnern oder mit akademischen Kontakten an einer der mittelhessischen Hochschulen.

Die Höhe der Förderung richtet sich nach dem Status der geförderten Person. So erhalten Studierende 1.000 Euro pro Monat, Promovierende 1.200 Euro pro Monat und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach der Promotion zwischen 1.500 und 2.500 Euro pro Monat (plus gegebenenfalls eine Familienzulage von 250 Euro).

Anträge können in der Regel über die akademische Kontaktperson der jeweiligen Hochschule gestellt werden. Ukrainische Studierende sind zur Direktbewerbung (auch ohne akademische Kontaktperson) eingeladen.

www.uni-giessen.de/ukraine/hilfsfonds



Zeichen der Solidarität mit der Ukraine, vor allem aber konkrete Hilfsangebote und Spenden, sind das Gebot der Stunde. Die JLU steht an der Seite ihrer Studierenden, wissenschaftlichen Partnerinnen und Partner sowie Freundinnen und Freunde aus und in der Ukraine.

Solidarität mit der Ukraine

Russischer Angriff auf Ukraine erschüttert JLU – Unterstützung von wissenschaftlichen Partnerinnen, Partnern und Studierenden – Hilfsfonds und Spendenaufrufe

chb. Mit Entsetzen und Sorge ist der Blick auf die Ukraine gerichtet. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedeutet höchste Lebensgefahr für die Menschen im Land und treibt Hunderttausende in die Flucht. Betroffen von unermesslichem Leid, Elend und existenziellen Sorgen sind auch zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende mit ihren Familien, Freundinnen und Freunden, denen sich die JLU eng verbunden fühlt.

Die Nachricht vom russischen Angriff auf die Ukraine ist an der Universität Gießen daher mit großer Erschütterung aufgenommen worden. Konkrete Hilfs- und Unterstützungsangebote seitens des Akademischen Auslandsamtes sowie vieler weiterer Stellen wurden umgehend initiiert. Zudem haben JLU, UMR und THM, die drei im Forschungscampus Mittelhessen verbundenen mittelhes-

sischen Hochschulen, einen Hilfsfonds aufgelegt (siehe weiterer Bericht auf dieser Seite). Die Gießener Hochschulgesellschaft und weitere JLU-Einrichtungen rufen zu Spenden auf.

»Wir sind in Gedanken bei unseren Partnerinstitutionen sowie Freundinnen und Freunden in der Ukraine und stehen solidarisch an ihrer Seite«, betont JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee. Er dankt allen, die in Eigeninitiative ihre ukrainischen Kolleginnen und Kollegen sowie Mitstudierenden in vielfältiger Weise unterstützen. In einer Rundmail hatte sich der JLU-Präsident bereits unmittelbar nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine an die Mitglieder und Angehörigen der Universität gewandt und darin auch auf die langjährigen wissenschaftlichen Verbindungen zu russischen Hochschulen verwiesen. Die JLU folgt hier der Linie der großen Wissenschaftsorganisa-

tionen, die der Präsident auch gegenüber dem Senat erläuterte (siehe Seite 2). Es gelte jedoch sorgfältig »zwischen dem russischen Staat und seiner Regierung einerseits und unseren zahlreichen russischen Freundinnen und Freunden, die über den Angriffskrieg gegen die Ukraine genauso entsetzt sind wie wir, andererseits« zu unterscheiden. »Einige russische Institutionen und Einzelpersonen, auch in den Wissenschaften, haben sich ablehnend zur russischen Invasion geäußert – das ist ein gutes Zeichen in einer schwierigen Zeit«, so Prof. Mukherjee.

Enge Verbindungen

Das Akademische Auslandsamt (AAA), das Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo), das Gießener Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU) sowie Institute und

Einrichtungen der JLU arbeiten seit vielen Jahren mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern in Osteuropa eng zusammen. So hat beispielsweise die Kooperation mit der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie (NaUKMA), die seit 2012 im Rahmen eines institutionellen Austauschabkommens formalisiert ist, gemeinsame Lehre ermöglicht. Gefördert wird die Zusammenarbeit im Rahmen des DAAD-Ostpartnerschaftsprogramms. Im Rahmen des Virtual International Program (VIP) fanden etwa gemeinsame Online-Seminare der JLU und der NaUKMA statt. In der Forschung arbeitet die JLU unter anderem mit der Nationalen Technischen Universität »Kiewer Polytechnisches Institut Ihor Sikorskyj« zusammen. (Siehe auch *Ukraine-Schwerpunkt* ab Seite 3.)

www.uni-giessen.de/ukraine

8 Wenn Kartelle, Kleinbauern und Korruption zusammentreffen: Geographie-Studierende haben ein Planspiel zum Verständnis von Umweltkonflikten entwickelt. Eine erfolgreiche Spielrunde mit Jugendlichen.



9 Wie eine gelungene Mischung aus Praxis und Forschung aussieht: Bei den Öko-Feldtagen auf dem Gladbacherhof geht es vor allem auch um die Klimakrise und die nötigen Anpassungen in der Landwirtschaft.



10 Wo an die lange Tradition des objektiven Studiums erinnert wird: Mit der neuen Vizepräsidentin für Studium und Lehre sind auch Gipsabdrücke der Antikensammlung ins Hauptgebäude zurückgekehrt.



12 Wer im Studium kreativ ist: Lehramtsstudentin Sahar Shahabi arbeitet nebenbei als Grafikerin für Videospiele und zeichnet Charaktere. Über das Kunstprojekt KuKo fand sie zu dem Verein »My Prof is a Gamer«.



14 Wo die digitale Zukunft ins Visier genommen wird: Das HRZ schafft mit einer Container-Lösung Raum für Server-Hardware. Räumliche, infrastrukturelle und sicherheitstechnische Aspekte stehen im Fokus.



Erklärungsversuche, Einschätzungen, Einordnung

Vielfältige Kompetenz zum Ukraine-Krieg und Informationsveranstaltungen

Den Krieg erklären: Die Nachfrage nach einordnenden Informationen zur Lage und den schockierenden Ereignissen in der Ukraine ist und bleibt groß. Die Bilder von Krieg und Zerstörung erschüttern und machen sprachlos. Umso wichtiger ist es, die sehr dynamische Situation kontinuierlich neu zu bewerten.

Im Rahmen dieses Themenschwerpunkts zur Ukraine ist nur eine Momentaufnahme möglich: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betrachten die Entwicklung aus ihrem jeweiligen fachlichen Blickwinkel – aus Politik- und Sozialwissenschaft, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Kultur-, Geschichts- und Sprachwissenschaft.

Stellvertretend für zahlreiche weitere Kolleginnen und Kollegen in den unterschiedlichen Fachbereichen und Zentren nehmen einige Fachvertreterinnen und -vertreter hier eine wissenschaftliche Einordnung vor.

Aber auch eigene Standpunkte kommen zum Tragen, die zur weiteren Beschäftigung mit den Hintergründen, zur inhaltlichen Vertiefung und zur sachlichen Diskussion einladen sollen. **(chb)**



Foto: Pavlo Vakhushiev / Colourbox.de

Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo)

Die JLU unterhält traditionell sehr gute und enge Verbindungen zu wissenschaftlichen Partnerinnen und Partnern in der Ukraine. Im Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo) der JLU bündelt das Land Hessen seit 2006 seine universitäre Forschung und Lehre zum östlichen Europa. Das Herder-Institut mit Sitz in Marburg, das an der JLU mit einer Außenstelle vertreten ist, widmet sich als Teil der Leibniz-Gemeinschaft der historischen Ostmitteleuropa-Forschung. GiZo und Herder-Institut forschten von 2017 bis 2021 zusammen im LOEWE-Schwerpunkt »Konfliktregionen im östlichen Europa«.

Expertinnen und Experten aus beiden Einrichtungen haben zusammen mit der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt – unterstützt von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung – den Krieg in der Ukraine in einen historischen, politischen und kulturellen Kontext eingeordnet. Die digitale Podiumsdiskussion vom 9. März – es war bereits die zweite Informationsveranstaltung des GiZo mit sehr großer Resonanz – ist online abrufbar.

Veranstaltungslink und weitere Informationen: <https://youtu.be/8wZeRUvx1bk>
<https://uni-giessen.de/fbz/zentren/gizo>

Auf einen Blick

Die Ukraine – das zweitgrößte Land Europas

Geografie

Die Ukraine ist mit einer Gesamtfläche von 603.550 Kilometern das zweitgrößte Land Europas und damit doppelt so groß wie Italien; es erreicht mit mehr als 40 Millionen Einwohnern jedoch nur zwei Drittel von Italiens Bevölkerungszahl. Die Bevölkerungsentwicklung war in den vergangenen 30 Jahren rückläufig. Die Hauptstadt Kiew ist mit knapp drei Millionen Einwohnern zugleich die größte Stadt der Ukraine.

In naturräumlicher Hinsicht dominieren Steppenzonen in Tiefländern und Senken mit vorwiegend kontinentalem Klima, die durch überaus fruchtbare Schwarzerde-Böden gekennzeichnet sind. In den Küstenregionen am Schwarzen Meer herrschen mediterrane Klimaverhältnisse vor. Im Westen des Landes gehört ein kleiner Teil der Waldkarpaten zum Staatsgebiet.

Wirtschaftsentwicklung

Seit Beginn der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 verlief die Wirtschaftsentwicklung uneinheitlich. Im Jahr 2009 musste der Internationale

Währungsfonds mit einem Kredit intervenieren, um einen Staatsbankrott abzuwenden.

Aufgrund der Bodenschätze und der Agrarbodenqualität geriet das Land seit 2015 in den Fokus von Investmentfonds, Agrarkonzernen, aber auch von chinesischen Staatsunternehmen. Im Jahr 2020 kam es durch eine Bodenreform zu einer Öffnung des Bodenmarktes mit dem Ziel, weitere Investoren für die Landwirtschaft zu gewinnen.

Auch vor dem Hintergrund der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 und des andauernden Konflikts in der Ostukraine hat die ukrainische Regierung seit Jahren versucht, ihre Handelsaktivitäten mit der Europäischen Union (EU) auszuweiten, um unabhängiger von Russland zu werden. So wurden die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU seit Januar 2016 durch ein Freihandelsabkommen gestärkt.

Industrie

Die wichtigsten Bodenschätze des Landes sind Eisenerz, Kohle, Mangan, Erdgas, Öl, Salz, Schwefel, Graphit, Titan, Magnesium, Kaolin, Nickel, Quecksilber und Holz.

Die Ukraine ist ein Industrie- und Energieexporteur. Es werden Kohle, Elektrizität, Eisen- und Nichteisenmetalle, Maschinen und Transportausrüstung, Chemikalien und Produkte der Lebensmittelverarbeitung exportiert. Die wichtigsten Exportpartner im Jahr 2019 waren Russland (9%), China (8%) sowie Deutschland (6%) und Polen (6%).

Die Besetzung der Oblaste Donbass und Luhansk wirkt sich gravierend auf das Produktionsergebnis des Landes aus: Allein im Donbass wurden 2015 rund 35 Prozent des Werts der landesweiten Erträge in den Bereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden erwirtschaftet. Die verarbeitende Industrie hat dort 22 Prozent des ukrainischen Gesamtertrags erzielt, der Bereich Energie und Wasserversorgung etwa 18 Prozent.

Obwohl die Ukraine seit dem Gasstreit mit Russland kein Gas mehr von dort importiert, zählte Russland in der Vergangenheit zu den größten Importeuren, so etwa für Erdöl (881 Mio. USD), Briketts (591 Mio. USD) und Eisenerz (565 Mio. USD). Deutschland exportierte in die Ukraine überwiegend Autos (358 Mio. USD), Arzneimittel (295 Mio. USD) und Pestizide (213 Mio. USD).

Landwirtschaft

Die Ukraine bewirtschaftete zuletzt rund 32 Millionen Hektar Ackerland, das entspricht etwa einem Drittel der Ackerfläche in der EU. Somit kommt dem landwirtschaftlichen Sektor mit 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: 0,7% des BIP) eine besondere Bedeutung zu. Das Land exportierte im vergangenen Jahr 8,5 Prozent des weltweit gehandelten Weizens. Hinzu kamen

eine Nahrungsmittelkrise. Diese wäre leichter abzufedern, wenn nicht die Hälfte des weltweit produzierten Getreides für Tierfutter verwendet würde. Somit ist auch eine Erhöhung der Milch- und Fleischpreise absehbar.

Speziell für Deutschland ist der ukrainische Futtermais für die Schweine- und Geflügelzucht von großer Bedeutung. Aktuell kann auch die bereits exportfertige Ware nicht aus Schwarzmeerhäfen verschifft werden.



Foto: Matthias Höher

Im Westen des Landes: Ein kleiner Teil der Waldkarpaten gehört zum Staatsgebiet der Ukraine. Eine Bahnverbindung führt durchs Karpatental.

Mais, Kartoffeln, Sonnenblumenkerne, Zuckerrüben, Milch und Gerste. Im Jahr 2020 lagen die Exporteinnahmen der Ukraine bei rund 60,7 Milliarden USD, davon entfiel etwa ein Drittel auf Agrargüter.

Kriegsfolgen für den Welthandel

Sieht man einmal von den globalen Effekten der Sanktionen gegen Russland ab, werden vor allem die Exportausfälle der Ukraine auf den Weltagarmärkten zu spüren sein. Experten erwarten, dass die Ukraine in diesem Jahr maximal für den Eigenbedarf Weizen produzieren kann, jedoch keine Exporte stattfinden werden. Davon werden Länder wie Jemen, Libanon, Ägypten, Pakistan und Indonesien sehr stark betroffen sein. Es droht in diesen und anderen Ländern

(Quellen: DIE ZEIT, ZEIT-Online, The World Factbook, Bundeszentrale für politische Bildung 2015: Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass, Topagrar online 19.06.2021, The Observatory of Economic Complexity, GTAI vom 02.06.2021: Struktur der Landwirtschaft, Statista 2022)

Leonie Schmidt und Dr. Matthias Höher

Dr. Matthias Höher ist Geschäftsführer des Zentrums für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU) der JLU. Von ihm stammen auch die Archibilder, die auf einer Ukraine-Reise vor 15 Jahren entstanden sind. Leonie Schmidt ist Studentin der Politikwissenschaften an der JLU und absolviert zurzeit ein Praktikum im ZEU.



Foto: Matthias Höher

»Kornkammer Europas«: Die Ukraine bewirtschaftete zuletzt rund 32 Millionen Hektar Ackerland, was etwa einem Drittel der Ackerfläche in der EU entspricht. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind verheerend.

Drei Fragen an Prof. Dr. Peter Tillmann Sanktionen gegen Russland

Wie ordnen Sie die Sanktionen gegen Russland ein?

Die Sanktionen gegen die russische Zentralbank sind die schärfste Waffe im Sanktionspaket des Westens. Die Zentralbank kann ihre Reserven in Höhe von 630 Milliarden US-Dollar nur noch zu einem geringen Teil nutzen. Damit steht das Sicherheitspolster für die Finanzmärkte nicht mehr zur Verfügung. Der dramatische Fall des Rubels ist erst der Anfang einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise in Russland.

Inwiefern treffen die Sanktionen die russische Bevölkerung?

Die Sanktionen betreffen vor allem die russischen Haushalte – sogar stärker, als es die Oligarchen trifft. Diese haben ihr Vermögen häufig in US-Dollar geparkt. Es trifft also unmittelbar die Mittelschicht, deren Kaufkraft schwindet und deren Einkommen reduziert wird. Aber ich denke, dass es ohne diese schmerzhaften Sanktionen auch keinen Druck auf die russische Regierung geben würde.

Welche Auswirkungen haben die Sanktionen möglicherweise auf die deutsche Wirtschaft?

Durch die Sanktionen wird es auch Rückwirkungen auf die deutsche Konjunktur geben und wir werden Einschränkungen bei den Lieferketten spüren. Wir werden sicher auch beobachten, dass es eine gewisse Zurückhaltung bei Investitionen geben wird. Aber darüber hinaus würde ich sagen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland moderat sein werden, während es für die russischen Haushalte extrem schmerzhaft ist.



Foto: JLU / Katina Friese

Prof. Dr. Peter Tillmann ist Professor für Monetäre Ökonomik am Fachbereich 02 – Wirtschaftswissenschaften der JLU. (Die Fragen stellte Vera Klopprogge, Referentin Kommunikation am FB 02.)

► Von Prof. Dr. Andrea Gawrich

In der allgemein bekannten Diskussion gilt die NATO-Osterweiterung als zentraler Erklärungspunkt des Krieges in der Ukraine.

Ein weiterer Baustein zur Erklärung besteht darin, sich vor Augen zu führen, dass der russische Präsident Putin bereits seit den frühen 2000er-Jahren versucht hat, ein Eurasisches Sicherheitsregime aufzubauen. Dieses bringt verschiedene Teile der ehemaligen Sowjetunion in neuen Sicherheitsbündnissen zusammen, so in der Organisation des Vertrags über die Kollektive Sicherheit (OVKS) und in der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), die auch China umfasst und die wir in einem neuen DFG-Projekt erforschen.



Foto: Anja Schaal

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Andrea Gawrich hat die Professur für Internationale Integration mit besonderem Bezug auf das Östliche Europa am Fachbereich 03 inne. Sie ist Stellvertretende geschäftsführende Direktorin des Gießener Zentrums Östliches Europa (GiZo).

Wir haben es also seit Längerem schon mit einer Art sicherheitspolitischem Gegenentwurf zur NATO in Eurasien zu tun, der im westlichen Diskurs kaum eine Rolle gespielt hat.

Die fundamentale Wendung in der russischen Strategie hat sich, so wissen wir heute, spätestens seit dem russischen Forderungskatalog vom Dezember 2021 abgezeichnet, in dem unter anderem die Aufforderung enthalten war, die NATO möge ihre Waffen auf das NATO-Gebiet von 1997 zurückziehen sowie zusagen, auf weitere NATO-Erweiterungen in Richtung Osten zu verzichten. Damit forderte Russland de facto, die NATO solle sich gegen die auch für Russland geltende OSZE-Sicherheitscharta von 1999 wenden, die jedem Staat das Recht auf freie Bündniswahl zubilligt.

Eine zentrale Fehleinschätzung westlicher Staaten bestand zudem darin,



Foto: Colourbox.de

Symbolträchtig: Der Maidan ist der zentrale Platz der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Weltweit bekannt wurde der »Platz der Unabhängigkeit« mit dem gleichnamigen Denkmal im Jahr 2004 durch die »Orange Revolution«. Immer wieder stand er im Mittelpunkt politischer Proteste.

»Es ist ein Krieg eines einzelnen Autokraten«

Russland würde für die Ukraine ein ähnliches Szenario anstreben wie in Georgien und der Republik Moldau, denn in beiden Staaten gibt es secessionistische Gebiete, die mit Hilfe russischer (militärischer) Unterstützung seit den 90er-Jahren bestehen und sich zu »gefrorenen Konflikten« gewandelt haben. Zwar war auch dieses Szenario hoch problematisch und bedeutete eine schwerste Verletzung ukrainischer Souveränität, hätte aber die Umsetzung des Minsker Abkommens langfristig durchaus zumindest in Teilen ermöglichen können.

Wenn wir uns weiterhin fragen, auf welcher Grundlage die tatsächliche Kriegsentscheidung Putins gefallen war, so bleibt dies fraglos Spekulation. Indes gilt es, weitere Indikatoren zu sammeln. Zum einen kann man auf eine Nach-

wirkung der gescheiterten Revolution in Belarus verweisen. Dass im Sommer 2020 teilweise mehr als 200.000 belarussische Bürgerinnen und Bürger unter Lebensgefahr an Straßenprotesten gegen die gefälschte Wahl des bisherigen Präsidenten Lukaschenko teilnahmen, wird auch in der russischen Führung als substantielle Gefahr für die von ihr gewünschte autokratische Stabilität in der nächsten Nachbarschaft wahrgenommen worden sein, obwohl der belarussische Sicherheitsapparat die Revolutionsbewegung brutal gestoppt hat.

Dies scheint den russischen Blick in der Folge erneut auf die Ukraine gelenkt zu haben, wie die Truppenaufmärsche im Verlauf des Jahres 2021 an der Grenze zeigten, ohne dass die westlichen Staaten daraus Rückschlüsse

auf den jetzigen Krieg gezogen haben. Auch die gesteuerte »Flüchtlingskrise« an der belarussisch-polnischen Grenze ab Sommer 2021 passt in dieses Bild, Unsicherheit in Europa im Vorfeld der Invasion in der Ukraine zu erzeugen. Hinzukommen die Unruhen in Kasachstan im Januar 2022 als ein weiterer »Trigger« in Putins Sorgen vor Anti-Regime-Unruhen.

Dennoch sehen wir bislang, dass der Krieg in der Ukraine in der Tat »Putins Krieg« ist, wie es Bundeskanzler Scholz formuliert hat. Es ist ein Krieg eines einzelnen Autokraten, bei dem wir vermuten können, dass er seine Entscheidungen eher isoliert trifft, beziehungsweise sich mit derart loyalen Kreisen umgibt, dass ihm ein multiperspektivischer Blickwinkel nicht mehr möglich ist.

Der russische Präsident Wladimir Putin führt einen Angriffskrieg auf einen souveränen Staat, wie es ihn in der europäischen Geschichte seit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 nicht mehr gegeben hat. Wenn der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj beklagt, Putin wolle die Geschichte seines Landes auslöschen, dann geht es in der Tat um die Daseinsberechtigung der Ukraine.

► Von Prof. Dr. Thomas Bohn

Bisher wähten wir uns im Zeitalter der Globalisierung und gingen von der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft und Kultur aus. Nun werden wir mental in das Zeitalter des Imperialismus zurückgeworfen, in dem die großen Mächte ihr Heil in der Expansion suchten und auf Gewalt als Mittel der Politik setzten.



Grafik: Serhi/Colourbox.de

Putin argumentiert denn auch aus der Perspektive des russländischen Zarenreichs, das sich seit den Teilungen Polen-Litauens am Ende des 18. Jahrhunderts als europäische Macht begriff. Im Hinblick auf die Ukraine, deren westliche Teile zunächst unter habsburgischen Einfluss gerieten und nach dem Ersten Weltkrieg an die Zweite Polnische Republik übergingen, gilt jedoch festzuhalten: Die Expansion der Sowjetunion nach Westen wurde erst im Zuge des Zweiten Weltkriegs durch den Hitler-Stalin-Pakt vorbereitet und dann durch das Potsdamer Abkommen gutgeheißen.

Ausgehend von der Einheit der Ostslawen im Kiewer Reich, das sich 988 mit der Annahme des Christentums auf byzantinisch-orthodoxer Grundlage konstituierte, verkennt der Historiker Putin, dass

Russland, Belarus und Ukraine seit dem 16. Jahrhundert getrennte Wege gingen. Während das Moskauer Großfürstentum zwei Jahrhunderte unter mongolischer Herrschaft stand, waren die westlichen Gebiete der orthodoxen Ostslawen um Minsk und Kiew unter den Einfluss der polnisch-litauischen Union geraten.

Im 17. Jahrhundert entwickelte sich Ostmitteleuropa zugleich zum Zentrum der jüdischen Diaspora. Wenn man die multikulturellen Prägungen im Blick behält und für die Ukraine eine Linie staatlicher Kontinuität zieht, dann ist im Gegensatz zu Putins Auslegung auf drei entscheidende Etappen zu verweisen: Neben dem Kiewer Reich als Ursprungsort muss das Fürstentum Halysch-Wolhynien als Herrschaftszentrum des 12. und 13. Jahrhunderts genannt wer-

den. Im Jahr 1648 errichteten Kosaken (das heißt »freie Krieger«) in den Steppegebieten der Ukraine (das heißt »Grenzland«) einen Kosakenstaat, das



Foto: Florian Müller

Der Historiker Prof. Dr. Thomas Bohn hat die Professur für Osteuropäische Geschichte inne. Er gehört dem Direktorium des Gießener Zentrums Östliches Europa (GiZo) an.

sogenannte Hetmanat. Und im Jahr 1918 schritt die Ausrufung der Ukrainischen Volksrepublik der Gründung der Sowjetunion voran.

Vor diesem Hintergrund kristallisiert sich heraus, dass Putins Interpretation der Geschichte im Wesentlichen dem Sowjetpatriotismus der 1930er-Jahre folgt. Stalin trachtete danach, den »Sozialismus in einem Land« zu errichten und sein Vielvölkerreich unter russische Dominanz zu stellen. Dazu gehörte auch der Terror gegen die eigene Bevölkerung. Putin schwört darauf, die »russische Welt« zu konsolidieren und dem Westen gegenüber Stärke zu demonstrieren. Dafür führt er Krieg gegen einen benachbarten Nationalstaat. Letzten Endes hat er nur die Festigung seiner persönlichen Diktatur im Sinn.

Putin gibt in seiner Rhetorik und in seinem Handeln immer wieder zu verstehen, dass er kein Freund der Demokratie ist. Seinen größten Kritiker, Alexei Anatoljewitsch Nawalny, ließ er vergiften und einkertern. Dem bis dato letzten Diktator Europas, Alexander Lukaschenko, ermöglichte er während der weiß-rot-weißen Revolution das politische Überleben.

Vorerst können wir nur hoffen, dass Putin in seinem geopolitischen Wahn zur Besinnung kommt und einen Weg sucht, sein riskantes Abenteuer ohne Gesichtsverlust zu beenden. Angesichts der militärischen Gewalt und der bitteren Not bedarf die Ukraine nachhaltig der internationalen Solidarität und der humanitären Hilfe. Das, was die Universität leisten kann, ist ein Beitrag zur Belebung der ukrainischen Geschichte.

Der russische Präsident Wladimir Putin führt Krieg gegen die Ukraine. In seiner Rede am 24. Februar hat er den Angriff mit fragwürdigen bis falschen Behauptungen begründet. Prof. Dr. Monika Wingender spricht im Interview über die sprachlichen Strategien des Kreml-Chefs und erklärt, warum Putins jüngste Drohungen keine Überraschung sind.



Grafik: Serhi/Colourbox.de

Eva Pfeiffer: Putin hat in seiner Kriegserklärung drastische Worte für die Ukraine gefunden. Hat Sie die Rede überrascht?

Prof. Dr. Monika Wingender: Die Rede hat mich nicht überrascht. Sie lässt uns natürlich erschauern angesichts der Rhetorik, Propaganda und Drohungen. Aber dies hat sich schon seit einiger Zeit in vorherigen Reden angekündigt. Denn die Rede vom 24. Februar setzt sich im Prinzip aus lauter Versatzstücken früherer Ansprachen Putins zusammen. Wir können die Rede auf drei Blöcke sprachlicher Strategien reduzieren.

Welche sind das?

Der erste Block konstruiert die NATO-Osterweiterung als Aggression gegen Russland und als Völkerrechtsbruch. Putin bezeichnet es als »zynischen Betrug« und »Lügen« des Westens, insbesondere der USA. Der zweite, umfangreichere Block konstruiert die Ukraine als Instrument der US-amerikanischen Außenpolitik, als »Nazi-Regime« und als »Anti-Russland«. Er konstruiert den Vorwurf, dass alle, die Amerika folgen, willig Amerikas Lied singen und zur Schaffung dieses »Reichs der Lügen«, wie er es nennt, beitragen. Ein aus Putins Sicht sehr wesentliches Argument sind die historisch zu Russland gehörenden Gebiete, in denen, wie er es darstellt, ein feindlich gesinntes »Anti-Russland« geschaffen wurde. Die Massenproteste auf dem Maidan und die Wahlen in der Ukraine 2014 bezeichnet

er als »Putsch« und behauptet, es gebe einen Genozid durch die ukrainische Regierung in der Ostukraine. Ziel des Kriegs sei entsprechend die Entmilitarisierung und Entnazifizierung.

Und der dritte Block?

Darin konstruiert er Russland schließlich als »die Guten«. Russland schütze vor Nationalisten und Neonazis und sei der »Versöhner«. Hier stellt Putin heraus, dass es gewesen sei, der im Dezember 2021 versucht habe, ein Abkommen zur Sicherheit in Europa zu erreichen – ohne natürlich zu erwähnen, dass er dabei Bedingungen unterbreitet hat, die niemand annehmen konnte. Außerdem schlachtet er den Einsatz in Kasachstan für sich aus unter dem Motto »Wir respektieren alle postsowjetischen Staaten« – als »Beweis« dient ihm hierbei der relativ schnelle Truppenabzug nach den Protesten im Januar. Das alles ist Kriegsrhetorik. Das heißt aber nicht, dass die nicht schon ganz lange strategisch vorbereitet worden ist.

Können Sie Beispiele für Putins lange Strategie geben?

Eines der wichtigsten ist sicherlich die Rede an die Nation vom 21. Februar. Hier finden sich ganz viele Argumente wieder. Im Juli 2021 hat Putin einen Aufsatz verfasst über die historische Einheit der Russen und Ukrainer. Hier finden wir einen ganzen Block zur Konstruktion der Ukraine als »Anti-Russland«. Die ganze Problematik der

historischen Argumentation Putins hat der Historiker Andreas Kappeler in der Zeitschrift »Osteuropa« bereits dargelegt. Sein Aufsatz endet mit dem Zitat »[Putins] Drohungen sind ernst zu nehmen«. Offenbar sind sie von der Politik nicht ernst genug genommen worden. Diese Rhetorik und Propaganda sind seit Langem bekannt und ein Teil von Putins langjähriger Strategie zur Schaffung seines russischen Imperiums als Wiederherstellung der Sowjetunion. Dies betreibt er sowohl nach innen wie auch nach außen.

Das müssen Sie erklären.

Russland ist ein Vielvölkerreich mit über 130 verschiedenen Völkern und Sprachen. Der Begriff »russländische Föderation« bezieht sich auf eine supranationale Einheit, die alle Völker Russlands umschließen soll, während das Adjektiv »russisch« nur für die russische Ethnie gilt. Seit Putins Wiederwahl 2012 wird ganz strategisch aus einer russländischen Nation eine russische gebildet – und zwar unter heftigen Protesten der nicht-russischen Republiken, allen voran Tatarstan. Dieses Wortspiel »russkij« (russisch) und »rossijskij« (russländisch) zieht sich seit Jahren schon durch die Reden Putins. Es ist interessant zu beobachten, wie er es erst nur vermischte und er heute nur noch von »russisch« spricht.

Welche Konsequenzen hat das für die Minderheiten in Russland?

Das Vielvölkerreich ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen Kolonisierung. Als Lippenbekenntnis wird in der russischen Verfassung nach wie vor die Gleichheit der Sprachen und Völker betont. Jetzt sieht man in einer ganzen Reihe von Reden und Gesetzen zu Kultur, Sprache und Nation, wie er das umwandelt. Man muss wissen: Die Republiken haben das Recht auf ihre eigenen Staatssprachen: In Tatarstan etwa gibt es neben Russisch eben auch die tatarische Staatssprache. Nun hat Putin systematisch nationale Konzeptionen so vorangetrieben, dass die Bildungsgesetze über Jahre immer wieder verändert wurden. Der endgültige Wendepunkt kam 2018: Da wurde das Bildungsgesetz dahingehend geändert, dass der obligatorische Tatarisch-Unterricht in der Schule abgeschafft wurde. Das ist ein Bruch mit der Verfassung des Vielvölkerreichs, der klar die Veränderungen im Verhältnis von Zentrum und Peripherie in Russland widerspiegelt.

Und was ist Putins Strategie nach außen?

Sie betrifft die russischsprachigen Menschen in allen postsowjetischen Staaten. Das Ergebnis sehen wir im Donbass. Die russisch-ukrainische Zweisprachigkeit wird von Russland als Sprachenkonflikt dargestellt. Der russischsprachige Bevölkerungsanteil in der Ukraine werde bedroht von der

»an die Macht geputschten Regierung« in Folge des Maidan 2013/2014. Das ist eine Instrumentalisierung eines angeblichen russisch-ukrainischen Sprachenkonflikts als Vorwand, um im Donbass einzugreifen. Breite Umfragen zeigen, dass der Großteil der ukrainischen Bevölkerung keinen solchen Konflikt sieht und auch Zweisprachigkeit nicht als Problem gesehen wird.

Warum kann man das trotzdem so instrumentalisieren?

Das hat mit der starken Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Südosten und auch mit der ukrainischen Sprachenpolitik zu tun. Mit jedem neuen Präsidenten hat sich in den letzten 31 Jahren seit dem Zerfall der Sowjetunion die Sprachenpolitik in der Ukraine geändert. Sie schwankt zwischen Ukrainisierung und Russifizierung. Ein weiterer Punkt ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Diese wurde in der Ukraine missbraucht, um das Russische mit in die Charta aufzunehmen. In der Ukraine spricht die Bevölkerung etwa halbe-halbe Ukrainisch oder Russisch als Erstsprache, also ist Russisch weit verbreitet und nicht vom Aussterben



Foto: M. Szych / IJU Szwajc

Prof. Dr. Monika Wingender hat die Professur für Slavische Sprachwissenschaft am Fachbereich 05 inne. Sie ist Direktorin des Gießener Zentrums Östliches Europa (GiZO).

bedroht. Es hätte also niemals in die Europäische Sprachencharta als zu schützende Sprache aufgenommen werden dürfen. Das Sprachengesetz von 2012 in der Regierungszeit von Janukowytsch hat in der Ukraine für viel Streit gesorgt.

Gießener Anzeiger / Eva Pfeiffer (mit Dank für die Abdruckgenehmigung)

► Von Dr. Oleksandr Chertenko

Standpunkt

»Der Angriff auf die Ukraine kam unerwartet, aber nicht urplötzlich«



Foto: Natalia Pazniak

Dr. Oleksandr Chertenko ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Slavische Literaturwissenschaft. In seinen Forschungsarbeiten befasst er sich u. a. mit der ukrainischen, russischen, belarussischen und polnischen Literatur und Kultur vom 19. bis 21. Jahrhundert sowie mit dem Thema »Kriege und Identitätskonflikte im postsowjetischen Raum« und postkolonialer Osteuropaforschung. Dr. Chertenko kommt aus der Ukraine und lebt seit 2015 in Deutschland.

Russlands und die wenigstens partielle Wiederherstellung der Sowjetunion legitimieren sollte.

Alle Begründungen des Angriffs, die heute in russischen Medien kursieren, etwa die »Bekämpfung des ukrainischen Faschismus«, »Entnazifizierung« oder die vermeintliche Bedrohung durch die NATO, sind seit Langem bekannt. Eine gewisse Konsequenz, ja sogar eine perverse Aufrichtigkeit kann man Wladimir Putin und seinen Handlangern in dieser Hinsicht nicht abstreiten. Daher spricht die »Plötzlichkeit« des Angriffs vielmehr für die gewollte Blindheit der westlichen Rezipienten.

Obwohl die Rolle Putins in diesem Angriff selbstverständlich nicht zu unterschätzen ist, wäre seine Bezeichnung als »Putins Krieg« meines Erachtens eine Simplifizierung. Die Sachlage ist viel komplexer. Einerseits repräsentiert Pu-

tin einen nicht unbeträchtlichen Teil der russischen Eliten, die wie er in revanchistischen Kategorien denken. Andererseits sehen sich viele Regimekritiker angesichts der immer drakonischeren Strafen für jede Kritik gezwungen, aus dem Land auszureisen – oder sie verfallen in Schweigen. In Kombination mit der Ausschaltung fast aller alternativen Informationsquellen und einer aggressiven staatlichen Kriegspropaganda führt dies – wie die natürlich nur bedingte glaubwürdige Soziologie zeigt – schon jetzt, wenige Wochen nach dem Kriegsbeginn, zur militärischen Konsolidierung der russischen Gesellschaft. Die Stigmatisierung der Russen und Belarussen im europäischen Ausland, aber auch in der Ukraine scheint diesen Trend nur noch zu verstärken.

Dies führt einen anderen wichtigen Aspekt vor Augen – nämlich, dass die-

ser Krieg keineswegs nur von lokalem Belang ist. Der Verzicht auf eine aktive Einmischung ins Kriegsgeschehen, der mit Sicherheitsargumenten begründet wird, wirft ein riesiges Problem auf. Schon jetzt führt er dazu, dass viele Ukrainer eine dezidiert kritische Haltung zur EU (auch zu Deutschland) und zur NATO einnehmen. Sie wissen nur zu gut, dass eine solche Nichteinmischung bislang dazu führte, dass die russischen Hardliner immer weiter vorzudringen – von den Gaskriegen über die vergleichsweise friedliche Annexion der Krim zum »totalen Krieg« von heute. Außerdem hat der Angriff auf die Ukraine den Glauben erschüttert, die Putin'sche Rhetorik sei nur eine Rhetorik. Wenn der Vernichtungskrieg gegen die Ukraine möglich ist, dann ist der von Putin anvisierte Atomkrieg auch nicht unmöglich.

Vielleicht ist ein Angriff auf die noch weiter im Westen liegenden Staaten ebenso nicht ganz undenkbar? In Deutschland ist dieser Gedanke nicht sehr populär. Viele polnische Freunde von mir denken aber anders – nicht zuletzt deshalb, weil sie viel näher an der ukrainischen Grenze sind. Angesichts dieser Bedrohung ist die bislang überwiegend defensive Haltung der EU und Deutschlands nicht mehr ausreichend. Die Lieferungen der veralteten DDR-Raketen an die Ukraine können als Symbol dieser Unzulänglichkeit dienen. Selbstverständlich darf man die Möglichkeit einer weiteren Eskalation außerhalb der Ukraine nicht unterschätzen. Der Verzicht auf eine proaktive Eindämmung des Aggressors zugunsten von »Business as usual« wird allerdings gravierende Folgen nicht nur für die Ukraine, sondern auch für das ganze Europa haben.

Grafik: Colourbox.de





Foto: Seihil/Colourbox.de

Jede Spende hilft

JLU sammelt Spenden für Studierende, Forschende und Lehrende aus der Ukraine

dit. Die JLU ruft dazu auf, den neu aufgelegten Hilfsfonds für Studierende, Forschende und Lehrende aus der Ukraine mit Spenden zu unterstützen.

»Angesichts der großen Nachfrage war schon nach wenigen Tagen absehbar, dass der Sockelbetrag von 100.000 Euro, den das Präsidium aus frei verfügbaren Mitteln zur Verfügung gestellt hatte, nicht lange vorhalten wird«, erklärte JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee und fügte hinzu: »Wir möchten den Ukrainerinnen und Ukrainern, die aufgrund ihrer Verbindungen zur JLU nach Gießen fliehen, nachhaltig helfen. Dabei sind wir auch auf Spenden angewiesen.« Die drei Hochschulen im Forschungscampus Mittelhessen hatten im März einen gemeinsamen Hilfsfonds ins Leben gerufen (siehe Bericht auf Seite 1).

In diesem Zusammenhang dankte der JLU-Präsident herzlich der Gießener Hochschulgesellschaft, die sich sehr

schnell und unbürokratisch zur Unterstützung der Studierenden aus der Ukraine bereit erklärt hatte. Dieses Engagement stehe beispielhaft für viele andere Aktionen, bei denen die Mitglieder und Angehörigen der Universität ihre große Hilfsbereitschaft angesichts der katastrophalen Lage gezeigt hätten. »Wir erfahren von zahlreichen dezentralen Unterstützungsaktionen für die Menschen aus der Ukraine«, betonte der Präsident. »Viele bieten uns auch von sich aus ihre Hilfe an. Das ist für mich ein Zeichen der Hoffnung.«

Spenden an die Universität können steuerlich geltend gemacht werden. Auf Wunsch stellt die JLU den Spenderinnen und Spendern eine Zuwendungsbestätigung aus.

Online-Spende:
<https://www.uni-giessen.de/ueber-uns/pressestelle/ukraine/hilfsfonds-spende/>

Mit ihrem bewaffneten Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 und den andauernden Kämpfen verletzt die Russische Föderation das in Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen (VN) niedergelegte zwischenstaatliche Gewaltverbot.

► Von Prof. Dr. Thilo Marauhn

Dies hat die Generalversammlung der VN am 2. März 2022 mit der mit 141 zu 5 Stimmen (Russland, Belarus, Eritrea, Syrien, Nordkorea) bei 35 Enthaltungen angenommenen Resolution ES-11/1 (<https://digitallibrary.un.org/record/3958976?ln=en>) ausdrücklich festgestellt. Die Ukraine nimmt gegen diesen Angriff das in Artikel 51 der VN-Charta verankerte Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung in Anspruch.

Mit ihrer Verletzung des Gewaltverbots stellt die Russische Föderation die Geltung dieser Rechtsnorm nicht als solche in Frage. Die von ihr vorgetragenen Rechtsbehauptungen sind allerdings juristisch nicht haltbar. Schon über einen längeren Zeitraum verfolgt die russische Regierung die Doppelstrategie, das Friedenssicherungssystem der VN zu unterminieren und zugleich zu versuchen, den Eindruck einer offenen Verletzung von Interventions- und Gewaltverbot zu vermeiden. Beispiele sind die mit fadenscheiniger Begründung gerechtfertigte völkerrechtswidrige Annexion der Krim,

die ebenfalls völkerrechtswidrige Unterstützung der (De-facto-)Regime von Donezk und Luhansk sowie deren völkerrechtswidrige Anerkennung in einer Grauzone zwischen Interventions- und Gewaltverbot. Die Russische Föderation missbraucht die Sprache des Völkerrechts und schwächt Interventions- und Gewaltverbot durch das vom russischen Präsidenten aufgeführte »Völkerrechtsschauspiel« (so Ronen Steinke in der SZ vom 22. Februar 2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-einmarsch-voelkerrecht-1.5534226>).

Diese Politik und das vom Westen seit Mitte der 1990er-Jahre an den Tag gelegte Verhalten haben es Russland erleichtert, die internationale Gemeinschaft vor sich herzutreiben. Viele haben dieses Spiel lange gutgläubig hingenommen. Zentrale Akteure haben selbst mit zahlreichen militärischen Einsätzen (zum Beispiel in Jugoslawien, im Irak und in Afghanistan) zur Schwächung der regelbasierten Ordnung beigetragen.

In der Folge verfügt die internationale Gemeinschaft gegenwärtig nur über

begrenzte nicht-militärische Mittel, die regelbasierte Ordnung wiederherzustellen. Zugleich sind klare Gegenreaktionen für die Ausgestaltung der künftigen Ordnung von zentraler Bedeutung. Zu Recht betont Michael Zürn am 12. März 2022 in einem Gastbeitrag auf Spiegel online, »dass eine Ordnung und generell jede Norm nicht durch eine Regelverletzung, sondern erst durch das Fehlen einer angemessenen Reaktion auf die Regelverletzung ins Wanken gerät« (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/russlands-krieg-gegen-die-ukraine-vier-szenarien-gastbeitrag-a-6c9f88fa-265d-4b28-944b-20c96ba0d971>).

Vorstand und Rat der Deutschen Gesellschaft für internationales Recht haben am 24. Februar 2022 erklärt: »Russland ist verpflichtet, weitere militärische Gewalt zu unterlassen, sich aus dem Staatsgebiet der Ukraine zurückzuziehen und sich gemeinsam mit der Ukraine um eine friedliche Beilegung der Streitigkeit zu bemühen. Alle Staaten sind verpflichtet, zusammenzuarbeiten, um die schwerwiegende Verletzung des

Gewaltverbots als zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts mit rechtmäßigen Mitteln zu beenden« (<https://dgfir.de>).

Im bewaffneten Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine ist es zu zahlreichen Verletzungen der in bewaffneten Konflikten geltenden Mindeststandards gekommen, wie sie in den Genfer Abkommen von 1949 und den beiden Zusatzprotokollen von 1977 niedergelegt sind (zum Beispiel Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Angriffe gegen zivile Objekte, Einsatz verbotener Waffen oder die mediale Vorführung von Kriegsgefangenen). Diese Verletzungen zu rügen und gegen die Verantwortlichen vorzugehen, gegebenenfalls auch mit Mitteln des Völkerstrafrechts, sei es durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag oder vor deutschen und anderen Gerichten, ist von zentraler Bedeutung, um diese Normen zu stärken und den Eindruck von Straflosigkeit zu vermeiden.

Das Völkerrecht lässt durch das Zusammenspiel von Gewalt- und Interven-

tionsverbot auf der einen und Selbstverteidigungsrecht auf der anderen Seite eine begrenzte regelbasierte Eskalation zu. Politische Klugheit verlangt allerdings, immer eine Deeskalation mitzudenken und auch in der Gegenreaktion auf den Angriffskrieg Exit-Optionen im Blick zu behalten – nicht zuletzt im Lichte der Existenz von Massenvernichtungswaffen.

Der Westen hat bedauerlicherweise die Fortentwicklung und Modernisierung des Rechts der gegenseitigen Rüstungskontrolle seit Mitte der 1990er-Jahre sträflich vernachlässigt. Es ist neben der eigenen Verteidigungsfähigkeit notwendig, zur Vermeidung einer Rüstungsspirale zu klaren Absprachen zur Begrenzung von Rüstung zurückzufinden (<https://www.asser.nl/about-the-asser-institute/news/interview-arms-control-law-chair-thilo-marauhn-we-need-to-adapt-current-arms-control-law-to-address-new-political-challenges/>).



Foto: JLU / Rolf K. Wegst

Prof. Dr. Thilo Marauhn hat die Professur für Öffentliches Recht und Völkerrecht am Fachbereich 01 inne. Er leitet die Forschungsgruppe »Völkerrecht« am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Am Asser-Institut in Den Haag nimmt er eine vom niederländischen Außenministerium finanzierte Professur für das internationale Recht der Rüstungskontrolle wahr. Er ist Präsident der International Humanitarian Fact-finding Commission (IHFFC).

Regelbasierte Ordnung erhalten

Grafik: Seihil/Colourbox.de

Plädoyer für Weltoffenheit und Toleranz

Appell der Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

pm. Die Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Prof. Peter-André Alt und Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, appellierten angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine im März an die Mitglieder der deutschen Hochschulen, gemeinsam für Weltoffenheit und Toleranz einzutreten.

»Hochschulen sind Orte, an denen auch in Zeiten internationaler Konflikte Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Ausgrenzung keinen Platz haben. Differenzierte Sichtweisen, Meinungsvielfalt und internationaler Austausch

WELTOFFENE HOCHSCHULEN GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT

sind Grundlagen der Forschungs- und Lehrtätigkeit an unseren Hochschulen. Besonders in Zeiten, in denen in erschreckender Brutalität in Europa wieder Krieg geführt wird, sind die Hochschulen gefordert, für diese Werte gemeinsam offensiv einzutreten.

HRK und DAAD stehen solidarisch an der Seite der ukrainischen Studierenden und Forschenden und aller Flüchtlinge aus dem Land, die jetzt und in naher Zukunft nach Deutschland und an die deutschen Hochschulen kommen werden. Gleichzeitig wissen wir zu unterscheiden zwischen dem russischen Staat und seinem Angriffskrieg und den russischen Studierenden und Forschenden, die sich, oftmals mit großem persönlichem Risiko, gegen diesen Krieg aussprechen.

Die Hochschulrektorenkonferenz und der Deutsche Akademische Austauschdienst als Mitgliedsorganisationen der deutschen Hochschulen setzen sich

gemeinsam für demokratische Werte und eine aufgeklärte, tolerante Gesellschaft ein. Unter dem von der HRK im Jahr 2015 initiierten Label »Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit« (<https://www.hrk.de/weltoffene-hochschulen>) bekennen sich deutsche Hochschulen und viele Partner im Wissenschaftssystem zu diesem Einsatz.

Als Präsidenten von HRK und DAAD stehen wir an der Seite der Hochschulen in ihrem Widerstand gegen Fremdenhass und Intoleranz. Wir bestärken sie in ihrem Engagement für ein friedliches Miteinander an den Hochschulen.«

Solidarität mit der Ukraine

Freiheit von Wissenschaft und Forschung

pm. Hessens Wissenschaftsministerin Angela Dorn und die Leitungen der 14 Hochschulen des Landes haben eine Erklärung zum Überfall auf die Ukraine verabschiedet. Das HMWK und die hessischen Hochschulen verurteilen darin den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine: »Den Menschen in und aus der Ukraine, insbesondere den Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern (...) gilt unsere große Sorge, unser tiefes Mitgefühl und unsere volle Solidarität (...).«

<https://wissenschaft.hessen.de>



Foto: Julia Böhnell

KI-Frühwarnsystem gegen Extremwetter: JLU-Klimaforschende arbeiten daran, Katastrophen wie beispielsweise das Hochwasser im Ahrtal im vergangenen Sommer mit Künstlicher Intelligenz vorzeitig zu erkennen.

#JLUsustainability

Resilienz gegen Extremwetter

Bundesweites Großprojekt: JLU-Klimaforschung an Entwicklung eines KI-Frühwarnsystems zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft beteiligt

pm/dit. Ein Forschungsteam der JLU arbeitet gemeinsam mit anderen Partnern an einem Frühwarnsystem, um die deutsche Wirtschaft mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) gegen verschiedene Krisenszenarien zu wappnen. Das Gießener Teilprojekt, das von der Klimaforscherin Dr. Elena Xoplaki geleitet wird und am Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU) angesiedelt ist, soll die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaftssektoren gegen den Klimawandel fördern. Das Ziel der Forschung sind jahreszeitliche Vorhersagen und örtlich zielgenaue Extremwetter-Warnungen, die für die deutsche Wirtschaft und darüber hinaus für die verschiedenen Ebenen und Einheiten des Katastrophenmanagements und des Zivilschutzes relevant sind.

Das Konsortium »Daten- und KI-gestütztes Frühwarnsystem zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft

(DAKI-FWS)« unter der Leitung des Fraunhofer Heinrich-Hertz-Instituts (HHI) wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in den nächsten drei Jahren mit rund zwölf Millionen Euro gefördert. In dem Projekt, an dem noch weitere Partner wie etwa die Charité oder das Robert Koch-Institut (RKI) beteiligt sind, geht es neben den Extremwetter-Ereignissen um weitere Krisenszenarien. Das System soll es Unternehmen ermöglichen, Prognosen über die Entwicklung von Krisen wie Pandemien, Wetterextreme oder auch Naturkatastrophen zu berechnen, deren Auswirkungen auf grundlegende Wirtschaftsaspekte wie zum Beispiel die Logistik abzuschätzen und die Ergebnisse über eine digitale Plattform einsehbar zu machen.

Im Projekt DAKI-FWS kooperieren Wirtschaft und Wissenschaft, um ein modulares Frühwarnsystem zu entwi-

ckeln, das Warnungen für unternehmerisches Handeln ableitet und aufbereitet. Dazu wird ein generisches Modell mit Daten- und Analyseplattformen für verschiedene Krisen von Epidemien/Pandemien bis hin zu Hochwasser, Stürmen und Hitzewellen entwickelt.

Das im mit 1,5 Millionen Euro geförderten JLU-Teilprojekt zu entwickelnde Frühwarnsystem muss in der Lage sein, Bedrohungslagen durch mögliche Unwetter viel frühzeitiger zu erkennen, als dies momentan der Fall ist. So soll die Vorbereitung auf Extremereignisse deutlich verbessert werden, damit Katastrophen wie beispielsweise das Hochwasser im Ahrtal in ihren Ausmaßen deutlich geringer ausfallen. Letztendlich sollen Hitzewellen, Stürme, Dürren und Überschwemmungen in KI-gestützte saisonale Risikokarten aufgenommen werden.

Umwandlung von solarer Energie

Nachhaltige Energieprozesse im Blick: ERC Starting Grant für Dr. Teresa Gatti und ihr Projekt »JANUS BI«

pm/chb. Welche Entwicklungen sind nötig, um Energieprozesse nachhaltiger zu machen? Welche neuen Nanomaterialien können als Modellsystem dienen? Welche Nanomaterialien eignen sich besonders gut zur Anwendung in Solarzellen und Photokatalysatoren? Die Chemikerin und Materialwissenschaftlerin Dr. Teresa Gatti forscht mit ihrer Arbeitsgruppe interdisziplinär an der Herstellung und physikalisch-chemischen Charakterisierung von funktionellen Kompositmaterialien für Anwendungen zur Umwandlung von Solarenergie. Für ihre Forschungen am Zentrum für Materialforschung der JLU ist die Nachwuchsgruppenleiterin nun mit einem ERC Starting Grant belohnt worden. Ihr Projekt JANUS BI (»All-liquid phase JANUS Bidimensional materials for functional nano-architectures and assemblies«) wird mit 1,5 Millionen Euro vom Europäischen Forschungsrat gefördert.

JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee gratuliert Dr. Gatti sehr herzlich: »Mit ihren vielversprechenden Arbeiten am Zentrum für Materialforschung trägt Dr. Gatti dazu bei, mit innovativen Lösungen einen wertvollen Beitrag für ein nachhaltiges Energiesystem der Zukunft zu liefern.«

Das wissenschaftliche Interesse von Dr. Gatti gilt der Untersuchung verschiedener Klassen von Nano-

materialien zur Anwendung in optoelektronischen Geräte wie Solarzellen, LEDs und photokatalytischen Systemen. Ihre Arbeitsgruppe nutzt Methoden der Nanochemie, um diesen Materialien zusätzliche Eigenschaften zu verleihen oder diese zu Nanohybriden und Nanokompositen zusammenzufügen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Verwendung von Materi-



Dr. Teresa Gatti

alien gelegt, die sich durch eine geringe Umweltbelastung auszeichnen und die in großen Mengen verfügbar sind.

In ihrem mit dem ERC Starting Grant ausgezeichneten Projekt JANUS BI wird Dr. Gatti eine innovative Methode zur Herstellung von asymmetrisch funktionalisierten (daher »Janus«) 2D-Materialien (Graphene) entwickeln. Diese Materialien bilden die Basis für die im weiteren Projektverlauf geplante Erforschung nachhaltiger Energieprozesse: die Umwandlung von Photonen in elektrischen Strom, die Erzeugung von Wasserstoff aus Wasser oder die Reduktion von Kohlendioxid zu solaren Brennstoffen.

Leichter Weg in die Forschung

Programm »Clinician Scientist« des FB Medizin verlängert

pm/dit. Die DFG fördert für weitere zwei Jahre das »Clinician Scientist«-Programm des Fachbereichs Medizin, durch das mehr Ärztinnen und Ärzten der Weg in die Forschung erleichtert und verlässliche wie attraktive Karrierewege geschaffen werden sollen. Das Programm unterstützt die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts, mit dem die JLU im Nachwuchspakt von Bund und Ländern erfolgreich war, und verbindet die Schaffung verlässlicher Karrierewege mit der Weiterentwicklung der biomedizinischen Forschung an der JLU. Klinische Forschung ist für die universitäre Medizin und für jeglichen Fortschritt in der Patientenversorgung unverzichtbar.

Das »Justus Liebig University Gießen Clinician Scientist Program in Bi-

omedical Research« (JLU-CAREER) ist ein gemeinsamer Antrag von Prof. Dr. Andreas Günther (Medizinische Klinik II Pneumologie, Koordination), Prof. Dr. Susanne Herold (Medizinische Klinik II Infektiologie) und Prof. Dr. Till Acker (Institut für Neuropathologie). Das Programm dient der Verbesserung der Ausbildung in den wissenschaftlichen Kernbereichen »Imbalance von Entzündung und Infektion«, »Krebsentstehung und -progression« sowie »Organfibrose und Organumbau« und wird es jungen Ärztinnen und Ärzten in der Facharztausbildung ermöglichen, wissenschaftliche Studien in einem geschützten Rahmen durchzuführen. Die DFG fördert die Verlängerung mit rund 800.000 Euro.

»Dendritische Konstanz«: Gleichheit im Gehirn

Forderung nach »Gleichberechtigung« betrifft auch kleinste Bestandteile des Gehirns – Publikation von Neurowissenschaftlern aus Gießen und Frankfurt in der Fachzeitschrift Neuron

pm/chb. Gleiche Rechte im Gehirn? Bekannt ist, dass unterschiedlich geformte Neuronen Informationen unterschiedlich verarbeiten. Aber tragen die unterschiedlichen Formen auch dazu bei, dass ihre Funktionen ähnlicher werden? Neurowissenschaftler der JLU, der Goethe-Universität Frankfurt (GU) und des Ernst Strüngmann Instituts für Neurowissenschaften (ESI), Frankfurt, zeigen, dass die Forderung nach Gleichberechtigung auch die kleinsten Bestandteile des Gehirns betrifft: die Dendriten. Es handelt sich um die Abschnitte der Nervenzellen, die Reize empfangen und weiterleiten. Neuronen mit den unterschiedlichsten Dendriten sind, so die Erkenntnis, gleicher als gedacht. Die Ergebnisse der gemeinsamen Forschungen wurden in der renommierten Fachzeitschrift Neuron veröffentlicht.

In ihrer Studie »A general principle of dendritic constancy: A neuron's size- and shape-invariant excitability« berichten die drei federführenden Autoren Prof. Dr. Peter Jedlička, 3R-Zentrum

der JLU, Prof. Dr. Thomas Deller, Anatomie I, GU, und Dr. Hermann Cuntz, ESI, dass Neuronen mit sehr unterschiedlichen Größen und Formen ihrer Fortsätze, den Dendriten, eine überraschende Gleichheit aufweisen. Die Forscher nennen dieses neu gefundene Prinzip »dendritische Konstanz«.

Um die Bedeutung der aktuellen Forschungen besser einzuordnen zu können, lohnt ein Blick in die Vergangenheit: In den 1960er-Jahren gelang es Wilfrid Rall, Gleichungen aus der Kabeltheorie auf Neuronen anzuwenden. Damit konnte er erstmals die Ausbreitung von Reizen in dendritischen Bäumen, den Eingangsstrukturen von Neuronen, berechnen. Ralls Kabeltheorie ist heute die Grundlage für alle detaillierten Modelle, die einzelne Neuronen oder ganze Schaltkreise im Gehirn darstellen.

In ihrer Studie haben die Autoren mit ihren Teams eine Eigenschaft der Kabeltheorie untersucht, die sich über verschiedene Dendritenarten hinweg verallgemeinern lässt: Anstatt die Aus-

wirkungen einzelner Reize zu verfolgen, betrachteten sie die synaptische Aktivität, wie sie sich über den gesamten Dendriten oder über einzelne Teile verteilt. Interessanterweise neigt das Kabel dann dazu, auf einen einzigen Punkt zu kollabieren: Die Nervenzelle verhält sich ähnlich wie ein (isoelektrischer) Punkt mit gleichem elektrischen Potenzial – unabhängig von ihrer Größe. Dies hat zur Folge, dass die Reaktionen des Neurons unabhängig von der Form oder Größe des Dendriten sind. Den Wissenschaftlern ist es gelungen zu zeigen, dass sich die Input-Output-Funktion von Neuronen praktisch nicht ändert, wenn Dendriten während der Hirnentwicklung massive strukturelle Veränderungen erfahren. Daher verwenden sie den Begriff »dendritische Konstanz«, erläutert Prof. Jedlička, der dem 3R-Zentrum der JLU angehört. Die computerbasierte gemeinsame Arbeit basiere auf der Verwendung großer Datensätze. Im Einklang mit dem 3R-Prinzip des Tierschutzes (reduce, replace, refine) habe sich dieser Fall

als ein Paradebeispiel dafür erwiesen, dass Computermodelle hervorragende Werkzeuge für die Nutzung gemeinsam genutzter experimenteller Datensätze sind, denn dadurch konnte die Zahl der erforderlichen Tierversuche verringert werden.

Die Studienergebnisse geben Anlass zur Hoffnung auch für Patientinnen und Patienten. Die Konstanz der Dendriten könnte auch im Zusammenhang mit neurologischen Erkrankungen von Bedeutung sein: Im Anfangsstadium bauen Neuronen, die noch gesund sind, ihre Dendriten um, um die Informationsverarbeitung im neuronalen Netzwerk so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Die dendritische Konstanz ist also ein natürlicher Mechanismus, der teilweise den Schäden entgegenwirkt, die durch Hirnerkrankungen wie Alzheimer oder Epilepsie verursacht werden. Infolgedessen kann, so die Experten, die dendritische Konstanz dazu beitragen, das Auftreten von Krankheitssymptomen wie Gedächtnisverlust zu verzögern.

Die Autoren betonen, dass das Prinzip der dendritischen Konstanz nicht die Bedeutung synaptischer Lernregeln und lokaler Berechnungen in Dendriten schmälert, die Neuronen einzigartig machen und die Neurowissenschaften sicher noch lange beschäftigen werden. Dennoch sind sie der Meinung, dass ihre Erkenntnisse zu einem besseren Verständnis der allgemeinen Prinzipien neuronaler Funktionen beitragen werden. Eine Folgestudie (<https://doi.org/10.1371/journal.pcbi.1009202>) zeige, dass die Normalisierung der synaptischen Eingangswerte auf der Grundlage des Mechanismus der dendritischen Konstanz die Lernleistung in künstlichen neuronalen Netzen verbessert. Somit könnte die dendritische Konstanz nicht nur für die Neurowissenschaften, sondern auch für die Gemeinschaft des maschinellen Lernens von Interesse sein.

DOI: 10.1016/j.neuron.2021.08.028

Enger Schulterschluss

THM, JLU und UKGM bilden künftig gemeinsam Hebammen aus – Dualer Studiengang Hebammenwissenschaft startet im Wintersemester 2022/23

pm. Der Beruf der Hebamme ist so schön wie fordernd. Um ihn auf ein höheres Qualifikationsniveau zu bringen, schreibt der Gesetzgeber seit Januar 2020 ein duales Studium vor. Deutschland folgt damit den Empfehlungen der WHO, die eine Ausbildung auf Hochschulniveau befürwortet. Dadurch sollen Frauen und Familien rund um Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit optimal versorgt werden. Die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) und die Justus-Liebig-Universität (JLU) bieten in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM), Standort Gießen, ab dem Wintersemester 2022/23 einen dualen Studiengang Hebammenwissenschaft an, der die bisherige Ausbildung ablöst.

Studienbeginn ist stets das Wintersemester, das Studium dauert in der Regel sieben Semester und schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Science (B. Sc.) ab, den die Fachbereiche Gesundheit der THM und Medizin der JLU gemeinsam verleihen.

Die Studierenden absolvieren den praktischen Anteil – etwa 2.200 Stunden – in erster Linie in der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe des UKGM in Gießen. Angedacht ist, darüber hinaus Kooperationen mit weiteren Praxiseinrichtungen, freiberuflichen Hebammen und Kliniken im Umkreis einzugehen. »Ich freue mich sehr, dass unser gemeinsames Projekt nun startet«, sagte kürzlich Dr. Christiane Hinck-Kneip, Kaufmännische Geschäftsführerin am Universitätsklinikum Gießen. »Mit dem Hebammenstudiengang bauen wir auf bewährten Kooperationen mit unserer Nachbarhochschule THM auf und gehen damit einen ersten großen Schritt in Richtung Akademisierung von Gesundheits-, Heil- und Pflegeberufen«, erklärte Prof. Dr. Katharina Lorenz, Vizepräsidentin für Studium und Lehre an der JLU.

Ihre THM-Kollegin, Vizepräsidentin Prof. Dr. Katja Specht, ergänzte: »Die beteiligten Einrichtungen bieten gebündelte Expertise in Gesundheitswissenschaften und -management, medizinischer For-



Model-Foto: Colourbox.de / Kzenon

Vorbereitung auf einen verantwortungsvollen Beruf im dualen Studium: THM, JLU und UKGM bilden künftig gemeinsam Hebammen aus.

schung und Lehre sowie der Krankenversorgung und natürlich in der Hebammenausbildung. Dies sind hervorragende Voraussetzungen für interprofessionelles Lehren und Lernen.« Vorteilhaft sei zudem die räumliche Nähe der Hochschulen und Partner, die kurze Wege zwischen Lehr- und Ausbildungsstätten garantiere.

Das Studium der Hebammenwissenschaft richtet sich an Interessierte, die einen der ältesten und zugleich verant-

wortungsvollsten Berufe erlernen und ausüben möchten. Mit dem Abschluss können sie eine angestellte oder selbstständige Berufstätigkeit im stationär-klinischen Bereich, aber auch freiberuflich im ambulanten Sektor übernehmen. Sie können in Beratungseinrichtungen für Familien tätig sein oder sich in die Forschung einbringen.

go.thm.de/hebammen

Digitale Einblicke ins Studium

Neuaufgabe der HIT: Studienmöglichkeiten und Informatives zum Hochschulalltag bei den Hochschulinformationstagen

pm/as. Ein Studium bleibt für viele Schülerinnen und Schüler nach dem Abitur der Weg der Wahl – unabhängig von der Corona-Pandemie. Die JLU und die THM haben Studienmöglichkeiten und Informatives zum Hochschulalltag bei den gemeinsamen Hochschulinformationstagen Ende Januar erneut digital präsentiert.

Beide Hochschulen sind mit der Resonanz zufrieden: »Die Zahl der Teilnehmenden ist gegenüber den ersten digitalen HIT im Vorjahr nochmals gestiegen«, sagt Anja Staffler, die für die Zentrale Studienberatung der JLU in die Organisation eingebunden war. Die Fachprogramme fast aller Studiengänge hätten Zuwachs erfahren, und dies in einer Zeit, in der die Zahl der Einschreibungen an Hochschulen bundesweit leicht rückläufig ist.

Den Besucherrekord erreichte mit mehr als 500 Teilnehmenden das Fachprogramm der Psychologie.

Insgesamt besuchten rund 5.800 Interessierte die Angebote der JLU.

Großes Interesse herrschte auch an den Nachmittagsangeboten zu Themen »rund ums Studium« – seien es die Bewerbungs- und Zulassungsregelungen, das Auslandsstudium oder die finanzielle Förderung eines Studiums. Trotz des digitalen Formats erhielten die Interessierten einen vielseitigen Einblick in die JLU. Über das intensiv genutzte Portal »justus.digital« konnten unter anderem die verschiedenen Campusbereiche im 360°-Format erkundet werden. Darüber hinaus wurden von einigen Fächern Videobesichtigungen ermöglicht. Auch Schnuppervorlesungen standen auf dem Programm. Zusätzlich wurden Interessierte durch interaktive Formate eingebunden, dabei sind die Gesprächsrunden mit Studierenden positiv angenommen worden, da so ein Austausch auf Peer-Ebene ermöglicht wurde.

Te@m III: Medienbildung

Interdisziplinäres Lehrprojekt fördert Medienkompetenz

abh. Medien- und Medienbildungskompetenzen sind in der Schule heutzutage unerlässlich. Künftigen Lehrerinnen und Lehrern diese Fähigkeiten und Fertigkeiten im Studium zu vermitteln, ist eine zentrale Querschnittsaufgabe der Erziehungswissenschaft und der Fachdidaktiken. Hier setzt das Te@m-Projekt (»Teacher Education and Media«) an, das auf die Förderung von Medien- und Medienbildungskompetenzen von Lehramtsstudierenden aller Schulformen (L1 bis L5) und Fächer abzielt.

Den Kern des Te@m-Projekts bildet ein vielfältiges Lehrangebot, das sich zusammensetzt aus Workshops und Vorträgen zu didaktischen Fragen des Medieneinsatzes – Podcasts, Comics, Quizsysteme, Simulationen etc. – sowie zu allgemeinen

Themen der Medienbildung wie Datenschutz, Urheberrecht und Fake News. Durchgeführt werden die Veranstaltungen von Expertinnen und Experten der allgemeinen Didaktik, der Fachdidaktiken und aus der Schulpraxis.

Neben semesterbegleitenden Angeboten findet einmal pro Semester die beliebte Medienbildungswoche statt, an der neben den Lehramtsstudierenden auch Dozentinnen und Dozenten sowie Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst teilnehmen können. Der phasenübergreifende Austausch ermöglicht es, gemeinsam digitale Unterrichtsideen und -konzepte zu erarbeiten. Theorie und Praxis sind hier eng verknüpft.

www.uni-giessen.de/fbz/zentren/zfl/projekte/medien/team

Avocado Wars: Kartelle, Kleinbauern und Korruption

Politische Bildung und praktische Umsetzung – Geographie-Studierende entwickeln Planspiel zum Verständnis von Umweltkonflikten – Erfolgreiche Spielrunde mit Jugendlichen im Wetzlarer Jugendzentrum

► Von Dorothea Hamilton und Alyssia Özbeyaz

Avocados sind in den westlichen Ländern beliebter denn je. Der Wasserbedarf für den Anbau ist hoch, Wälder werden abgeholzt, Regionen trocknen aus. Für die einen mit harter Arbeit verbunden, ist der Avocado-Anbau für andere ein lukratives Geschäft. Im Seminar »Ressourcen, Konflikte und Entwicklung« haben Bachelor-Studierende im Geographiestudium unter Leitung von Dr. Dorothea Hamilton ein Planspiel zum tieferen Verständnis von Umweltkonflikten entwickelt. »Avocado-Wars« macht die Umweltkonflikte auf anschauliche Weise erlebbar.

Im Wetzlarer Jugendzentrum spielten Jugendliche das Planspiel durch und lernten – mit Spaß an der Sache – viel über globale Zusammenhänge. Beteiligt an diesem Spieltag war zudem das Jugendbildungswerk der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., das primär außerschulische Bildungsformate für sogenannte benachteiligte Jugendliche anbietet und ein solch innovatives Format auch für benachteiligte Zielgruppen im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für geeignet hält.

»Avocado-Wars« wurde erstmals im Sommersemester 2020 durch die Studierenden erprobt und erhielt nach der ersten praktischen Umsetzung großen Zuspruch. Aus der engagierten Arbeit entwickelte sich der Wunsch, das Spiel auch für nicht-universitäre Zielgruppen umzusetzen. Die Herausforderung bestand nun darin, die Handlungspapiere in eine einfachere Sprache zu überset-



Foto: Colourbox.de / anacogif

In westlichen Ländern beliebt, aber beim Anbau für die betroffenen Regionen mit vielen Problemen verbunden: die Avocado. Die Frucht steht nun im Fokus eines Planspiels.

zen und die Anweisungen für eine junge Zielgruppe zu kürzen.

Politische Ökologie

Die Studierenden hatten im Seminar zunächst einen besonders brisanten Konflikt mit Umweltbezug ausgewählt und auf Basis der Theorie der »Politischen Ökologie« das Planspiel entworfen. Vor dem Hintergrund aktueller Medienberichte war die Themenwahl rasch auf die Konflikte um den Avocado-Anbau in Zentralmexiko gefallen. Aber auch Wasserprobleme, illegale Landnahmen und die Zusammenarbeit mit bewaffneten Gruppen vor Ort sind mit dem Ausbau des »Super-Foods« verbunden.

Neben der Zusammenstellung und Verschriftlichung der realen Rahmenbedingungen, Konfliktsachen sowie von Zukunftsszenarien war die Ausarbeitung von Rollenzuschreibungen zentral für die Umsetzung des Planspiels. Die Studierenden wählten fiktive Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene aus. Basierend auf den theoretischen Erkenntnissen aus dem Seminar verfassten sie Handlungspapiere, in denen aus der Perspektive der jeweiligen Akteurin bzw. des Akteurs der Konflikt, die Probleme und die Zielsetzungen beschrieben wurden.

»Die Besonderheit von Planspielen liegt in der Selbstwirksamkeit der Han-

delnden, die durch ihre Aktionen den Lauf des Geschehens beeinflussen können. Gleichzeitig werden Machtstrukturen deutlich«, erläutert Seminarleiterin Hamilton. »Wenngleich es sich um ein abstrahiertes Modell handelt, wurde darauf geachtet, bestimmte realitätsnahe Situationen zu erschaffen.« So saßen zum Beispiel die Vertreterinnen und Vertreter internationaler und nationaler Akteure in einem Raum, die lokalen und regionalen Vertreterinnen und Vertreter in einem anderen Raum. Die Kommunikation zwischen den Gruppen war möglich. Dadurch wurde den Teilnehmenden bewusst, wie schwer es sein kann, auf Entwick-

lungsdynamiken in peripheren Regionen – beispielsweise illegale Landnahmen, Biodiversitätsverlust oder Menschenrechtsverletzungen – einzuwirken und Übergriffe anzuprangern.

Ungleiche Machtverteilung

Die ungleiche Machtverteilung führte auch im Jugendzentrum zu emotionalen und hitzigen Debatten. Fiktive Geschehnisse im Spielverlauf zeugten von der Intensität des Planspiels: die Entführung des Sohns des Wirtschaftsministers durch das Kartell, die Besetzung von Avocado-Plantagen durch Greenpeace, die enge Zusammenarbeit zwischen den Kleinbauern und dem Kartell, die Entwicklung des Gouverneurs zum korrupten Politiker und der

gewaltvolle Anschlag auf Mitglieder der Bürgerwehr. Was hier wirkte wie ein Blockbuster, war das Resultat gut vorbereiteter Handlungspapiere, auf deren Basis die Teilnehmenden ihre Entscheidungen trafen.

Das Planspiel werteten alle Beteiligten als Erfolg, zumal nicht nur neue Erkenntnisse über den Zusammenhang von Avocado-Anbau und Gewalt vermittelt, sondern auch »die Machtstränge, die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten aller Akteure und deren sich teils wandelnde Vertrauenswürdigkeit« aufge-

zeigt wurden, wie eine Teilnehmerin formulierte. Anhand des Fallbeispiels konnten abstrakte theoretische Überlegungen der Politischen Ökologie anschaulich dargestellt werden. Das Einfühlen in verschiedene Rollen ermöglichte einen Perspektivwechsel und verdeutlichte die Komplexität von Umweltkonflikten.

Erfreulich sind auch die Reaktionen: Einige Teilnehmende hinterfragten in der Abschlussdiskussion eigene Handlungs- und Konsummuster kritisch. Erste Überlegungen zu einer Fortführung des Planspiels schlossen sich an. Die Zusammenarbeit mit dem Wetzlarer Jugendzentrum und dem Jugendbildungswerk der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. verdeutlichte somit, welchen Mehrwert Planspiele für die politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen bieten, auch um universitäre und kommunale Akteurinnen und Akteure stärker zusammenzuführen.

#JLUsustainability



Foto: Franz Schulz, Gladbacherhof

Blick auf das weitläufige Gelände des Gladbacherhofs: Im Rahmen der Öko-Feldtage werden hier Ende Juni aktuelle Themen rund um Landwirtschaft, Politik und Wirtschaft im Fokus stehen. Einen inhaltlichen Schwerpunkt legt das Veranstaltungsteam auf die Auswirkungen des Klimawandels.

TERMINE

Europawoche 2022

Beiträge der JLU zeigen die Bedeutung Europas in Hessen

Der Ukraine-Krieg ist ein Schock für alle Menschen in Europa. Mehr denn je ist es nötig, über die Zukunft der EU zu diskutieren und Vorschläge für das Europa von morgen einzubringen. Im Europäischen Jahr der Jugend findet die Europawoche vom 30. April bis zum 9. Mai statt und legt einen Fokus auf die junge Generation Europas. Auf



Einladung der Hessischen Staatskanzlei wird sich auch die JLU mit Veranstaltungen unterschiedlicher Präsenz- und Online-Formate beteiligen, um für und mit den JLU-Studierenden Europa erlebbar zu machen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich zur gesellschaftlichen und politischen Teilnahme auszutauschen, zur Zukunft Europas zu diskutieren oder sich mit Erasmus-Studierenden zu vernetzen. Bitte beachten Sie die verschiedenen Angebote im Veranstaltungskalender der JLU.

www.europawoche.hessen.de
www.uni-giessen.de/europawoche2022

Öko-Feldtage auf dem Gladbacherhof

Klima als ein Schwerpunkt der Veranstaltung – Einzigartige Mischung aus Praxis und Forschung

pm/cl. Sie bieten eine einzigartige Mischung aus Praxis und Forschung im Pflanzenbau und in der Tierhaltung und sind eine Plattform, um Innovationen zu zeigen und aktuelle Themen rund um Landwirtschaft, Politik und Wirtschaft zu diskutieren: die Öko-Feldtage, die vom 28. bis 30. Juni 2022 auf der Hessischen Staatsdomäne Gladbacherhof, einer Lehr- und Forschungseinrichtung der JLU, in Villmar stattfinden. Ausstellungs- und Versuchsflächen werden auf einem weitläufigen Gelände von fast 20 Hektar präsentiert, es gibt zahlreiche Programmpunkte wie Maschinenvorfürungen, Fachforen und

sischen Staatsdomäne Gladbacherhof, einer Lehr- und Forschungseinrichtung der JLU, in Villmar stattfinden. Ausstellungs- und Versuchsflächen werden auf einem weitläufigen Gelände von fast 20 Hektar präsentiert, es gibt zahlreiche Programmpunkte wie Maschinenvorfürungen, Fachforen und

Forschungsvorhaben im Pflanzenbau sowie in der Tierhaltung.

Ein Schwerpunktthema auf den Öko-Feldtagen ist das Klima, zu dem es einen Parcours mit circa zehn Stationen geben wird. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JLU demonstrieren in Feldversuchen die Messung von Treibhausgasemissionen. Auf einer Agroforstfläche erklären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter anderem, wie tiefwurzelnde Bäume und Sträucher die Bodenerosion auf stark geneigten Hangflächen verringern können. Der thematische Fokus im Bereich Tierhaltung liegt auf Intensitätsstufen in der ökologischen Milchproduktion, integrierten Tier-Pflanzen-Systemen sowie der Koexistenz von Wolf und Weidetieren.

Veranstaltet werden die Öko-Feldtage von der FiBL Projekte GmbH. Mitveranstaltende sind das Hessische Landwirtschaftsministerium, die Justus-Liebig-Universität Gießen mit der Hessischen Staatsdomäne Gladbacher-

hof, der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und die Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL). Die Schirmherrschaft der Öko-Feldtage übernimmt der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

Der Gladbacherhof wird seit den 1980er-Jahren ökologisch bewirtschaftet nach den Richtlinien der Anbauverbände Bioland und Naturland. Er umfasst derzeit 180 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Seit dem Jahr 1990 ist der Gladbacherhof eine Lehr- und Forschungseinrichtung der JLU für ökologischen Landbau. Mit dem 2019 gegründeten Förderverein Ökolandbau soll der Gladbacherhof zudem ein Begegnungsort und ein Zentrum für regionale Aktivitäten sein.

Aktuell wird dort ein neuer, technisch aufwändiger Milchviehstall gebaut, der verschiedene Forschungsvorhaben ermöglicht und auch bei den Öko-Feldtagen präsentiert werden soll.

www.eko-feldtage.de

#JLUsustainability



Foto: Philipp Weckenbrock

Auf dem Gladbacherhof wird zu Agroforstsystemen geforscht. Diese sollen die Folgen von Extremwetterereignissen mindern.

Faculty Club

Austausch in lockerer Atmosphäre an jedem Dienstag

Der Faculty Club bietet im Sommersemester wieder wie gewohnt jeweils dienstags ab 17 Uhr in der Alten Gießerei im heiligenstaedt die Möglichkeit zum interdisziplinären Austausch in lockerer Atmosphäre. Der Faculty Club ist exklusiv für Mitglieder der Gießener Hochschulgesellschaft (GHG) zugänglich. Nähere Informationen zu den Rahmenbedingungen auf der Homepage:

www.uni-giessen.de/facultyclub

Prof. Lore Steubing: Vorbild und Meisterin der Vernetzung

JLU würdigt Pflanzenökologin und erste Professorin Lore Steubing zum 100. Geburtstag mit einem Festakt – Erinnerung an Pionierarbeit einer herausragenden Wissenschaftlerin – Wanderausstellung gibt Einblicke in Leben und Wirken

chb. Sie hat die Menschen inspiriert und für die Pflanzenökologie begeistert, Pionierarbeit geleistet und war vielen in ihrem Umfeld ein großartiges Vorbild: Mit einem Festakt anlässlich ihres 100. Geburtstags am 1. Februar hat das Institut für Pflanzenökologie Professorin Dr. Dr. h.c. Eleonore (»Lore«) Steubing gewürdigt. Zugleich wurde die Wanderausstellung »Lore Steubing – Eine Menge an Energie« eröffnet, die vom Institut für Biologiedidaktik für das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) erstellt worden war. Schautafeln erinnern an Stationen im Leben der vor zehn Jahren verstorbenen Wissenschaftlerin.



Foto: JLU/Maria Sikorski

Prof. Dr. Dr. h.c. Lore Steubing † (Archivbild aus dem Jahr 2008, Festakt »100 Jahre Frauenstudium an der Universität Gießen«)

»Der Name von Professorin Lore Steubing steht seit über 50 Jahren für die Bedeutung der Pflanzenökologie nicht nur in Gießen, sondern weit darüber hinaus. Sie ist Botschafterin der JLU und hat den Namen der Universität in die Welt getragen«, erklärte Prof. Dr. Christoph Müller, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Pflanzenökologie (IFZ) und zweiter Nachfolger von Prof. Lore Steubing.

Nach einer Begrüßung durch JLU-Vizepräsident Prof. Dr. Dr. h.c. (Bursa)

Dr. h.c. (Toruń) Martin Kramer rückte der Präsident des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) Prof. Dr. Thomas Schmid die Aktivitäten des Lore-Steubing-Instituts (LSI) ins Blickfeld. Prof. Müller gab einen Einblick in das Leben und Wirken von Prof. Lore Steubing. Sie war die erste Professorin der JLU – zu einer Zeit, als es in der Bundesrepublik kaum Frauen auf Lehrstühlen gab. Sehr persönlich schilderten ihr Schüler und enger Weggefährte Prof. Dr. Andreas Fangmeier sowie ihr Neffe Dr. Jost Haneke Lore Steubing als eine herausragende und warmherzige Persönlichkeit.

Dr. Anna-Katharina Wöbse führte schließlich in die Ausstellung ein, die sie gemeinsam mit Studierenden der Biolo-

giedidaktik konzipiert hatte. Sie hob die Unbeirrbarkeit und Beharrlichkeit von Prof. Lore Steubing hervor, die zugleich eine »Meisterin der Vernetzung« gewesen sei.

Lore Steubing wurde am 1. Februar 1922 in Hamm/Westfalen geboren. Ihr Interesse für die Biologie und die ökologische Forschung führte sie nach dem Abitur im Jahr 1939 zum Biologiestudium an die Friedrich-Wilhelms-Universität (heute Humboldt Universität) in Berlin. Da sie das Studium kriegsbedingt dort nicht fortsetzen konnte, ging sie nach Greifswald an die Ernst-Moritz-Arndt Universität. In den schwierigen Nachkriegsjahren arbeitete sie neben ihrem Studium unter anderem als Schafschererin, Stallmagd und Melkerin. Ihr Studium schloss sie 1947 mit der Promotion ab und folgte zunächst einem Ruf der Pädagogischen Hochschule in Potsdam. Ende 1952 habilitierte sie sich dort und lehrte bis Ende 1956 die Allgemeine Botanik und Geobotanik.

Anfang 1957 floh sie über Berlin (West) in die Bundesrepublik und kam nach Gießen. Der Start war hier für sie allerdings alles andere als einfach. Erst

1969 erreichte sie ihr angestrebtes Ziel: Sie wurde ordentliche Professorin und erste Direktorin des neu gegründeten Instituts für Pflanzenökologie, das sie bis zu ihrer Emeritierung leitete und systematisch weiterentwickelte.

Für Lore Steubing war es von zentraler Bedeutung, Fragen der Pflanzen- und Agrarökologie sowie deren Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse ganzheitlich zu sehen – eine Erkenntnis, die in jüngster Zeit vor dem Hintergrund

der globalen Probleme und der Klimakrise zu Recht betont wird. Darüber hinaus hat sie sich auch für internationale Forschungszusammenarbeit eingesetzt, eine Vielzahl von Exkursionen in zahlreiche Länder durchgeführt und erfolgreich Forschungsnetzwerke unter anderem mit Chile, China, Kolumbien, Ungarn und der Zentralafrikanischen Republik begründet.

<https://youtu.be/IHHT05sAy00>

Lore-Steubing-Institut

Das Land Hessen hat im Juli 2021 das Lore-Steubing-Institut als universitätsübergreifenden Forschungsverbund gegründet. Das LSI ist ein Zusammenschluss des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), der Universitäten Gießen, Darmstadt, Marburg, Kassel und Frankfurt am Main, der Hochschule Geisenheim University



sowie der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung. Mit dem LSI wird die Biodiversitätsforschung in Hessen gebündelt; Forschungseinrichtungen und der behördliche Naturschutz arbeiten hier eng zusammen.

www.hlnug.de/themen/naturschutz/lore-steubing-institut



»Diagnostico – Panofsky meets Experience- und Interaction Design«: Screenshot aus dem digitalen Pilot-Projekt der Professur für Klassische Archäologie (Design: E. Breuker).

»Ein Vorzug der Gießener Universität«

Neue Wege für die Lehre. Seit 1880: Materialität und Körperlichkeit im Prozess des Verstehens – Gipsabgüsse der Antikensammlung sind ins Universitätshauptgebäude zurückgekehrt

► Von Prof. Dr. Katharina Lorenz, Dr. Claudia Schmieder und Dr. Michaela Stark

Mit der neuen Vizepräsidentin für Studium und Lehre sind auch Gipsabgüsse der Antikensammlung in das Universitätshauptgebäude eingezogen und damit an den Ort zurückgekehrt, an dem sie bereits vor 140 Jahren intensiv für die akademische Lehre genutzt wurden. Ein guter Grund, auf die lange Tradition des objektiven Studiums an der JLU zurückzublicken – auch darauf, welche Inspirationen wir daraus für die gegenwärtige Lehre gewinnen können.

Die Antikensammlung existierte bereits vor dem 1880 eröffneten Universitätsneubau der Ludoviciana, doch ermöglichte erst der Einzug in diesen neuen architektonischen Rahmen eine effektive Nutzung der Exponate für die studentische Ausbildung, vor allem die Betrachtung der großformatigen Gipsabgüsse. Gemeinsam mit dem Archäologischen Institut nahm die Sammlung in der Ludwigstraße 23 das Foyer und, nach der Angliederung des westlichsten Raumes im Jahre 1900, auf voller Länge auch die beiden Fenstersäle an der Front des Gebäudes ein.

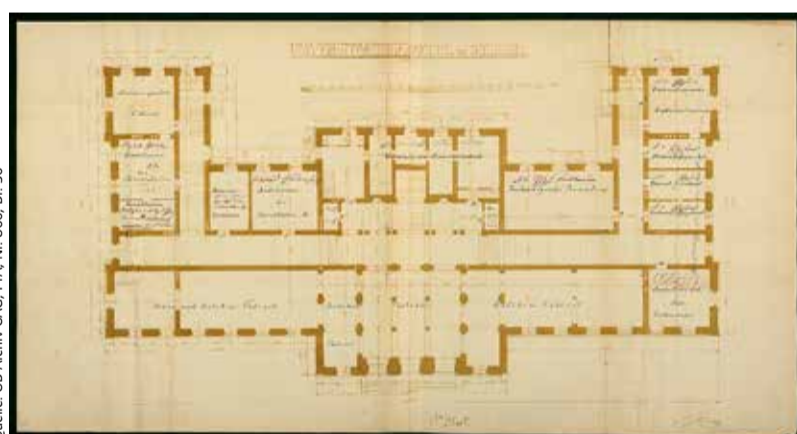
Die Wirkung dieses Eingangsszenarios beschrieb die Leipziger Illustrierte Zeitung anschaulich: »Im Erdgeschoss des Gebäudes führen drei Thüren in ein reich verziertes Vestibül. (...) Zur rechten und zur linken Hand (...) führen Glashüren in die Räume des Archäologischen Instituts. Eine ziemlich reichhaltige, gut gewählte Sammlung von Gipsabgüssen ist hier mit künstlerischem Sinn geordnet« (IZ 1880/74, 345).

Diese Aufstellung, so bemerkte der Archäologe und Institutsleiter Bruno Sauer in einem Brief von 1907, habe schon mancher Gast »als einen Vorzug der Gießener Universität gerühmt, und seit diese Räume täglich geöffnet sind, ziehen sie auch gelegentliche Besucher immer häufiger an«. Dass die Antikensammlung in räumlich enger Verwobenheit mit den Räumen der Lehrenden insgesamt über 300 Quadratmeter des Universitätsneubaus einnahm, veranschaulicht die Brückenfunktion der Klassischen Archäologie in der damaligen Universitätskultur.

Daran zeigt sich exemplarisch aber auch der Stellenwert, den die objektive akademische Lehre in dieser Zeit insgesamt hatte. So beherbergte das neue Universitätsgebäude neben der Aula, Hörsälen, Verwaltungsräumen und den Antiken auch die Physikalischen, Mathematischen, Pharmakologischen, Meteorologischen und Landwirtschaftlichen Institute mit ihren jeweiligen Sammlungen.



Neue alte Heimat: Blick in das Büro der Vizepräsidentin für Studium und Lehre Prof. Katharina Lorenz. Zwei Gipsabgüsse aus der Antikensammlung haben dort ihren Platz gefunden.



Neubau der Ludoviciana: Erhalten ist der Grundriss des 1. Stocks des im Jahr 1880 eröffneten Universitätshauptgebäudes. Damals zog auch die Antikensammlung in die Ludwigstraße 23 mit ein.

Aufstellungen wie jene der Antikensammlung machten den physischen Raum als Komponente für die Wissensproduktion nutzbar, indem sie das körperliche Erleben von Materialität in der Zeit ermöglichten. Die sich darin artikulierende Relevanz der räumlichen Logistik von Prozessen des Ver-

stehens kann uns auch heute wichtige Denkanstöße geben, insbesondere im Horizont der digitalen Lehre: Hier ist es an uns, neue Rahmen für die Rolle von Körper und Raum zu schaffen, um Wissensproduktion unabhängig vom Aggregatzustand der Objekte zu gestalten.

Zur Geschichte der Antikensammlung

as. Der Grundstock des 1826 gegründeten »Akademischen Kunstmuseums«, das wenige Jahre später in »Kunst- Münzen- und Antikenkabinett« umbenannt wurde, geht mit der Sammlung antiker Münzen auf das frühe 18. Jahrhundert zurück. Seither wurde die Sammlung stetig erweitert: Neben Ankäufen von Originalen und Abgüssen aus Paris erfuhr die Sammlung auch Wachstum durch etliche Schenkungen. So erhielt das Archäologische Institut beispielsweise im Jahr 1835 Abgüsse aus der Sammlung Erbach und 1903 von der Generalverwal-

tung der Königlichen Museen zu Berlin mehr als 1.000 Dubletten von Schliemann-Funden aus Troja. Bei dem Bombenangriff auf Gießen im Jahr 1944 wurden die Abguss-Sammlung wie auch die Archivunterlagen des Archäologischen Instituts zerstört. Die Originalsammlung hingegen ist weitestgehend unversehrt geblieben und wird seit 1987 in den Räumlichkeiten des Oberhessischen Museums öffentlich ausgestellt.

www.uni-giessen.de/antikensammlung



DENK-MAL: UNIKUNST 78

Reformer unterstützte Revolte

Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus erinnert an den Theologieprofessor Karl August Credner – Gegenpart des konservativen Universitätskanzlers von Linde

► Von Dagmar Klein

Wer häufiger an der Frankfurter Straße 11 auf den Bus wartet, könnte sich gefragt haben, was Dr. Karl August Credner Bemerkenswertes getan haben mag, dass ihm »dankbare Schüler« zum Andenken an seinen 100. Geburtstag eine Tafel an seinem einstigen Wohnort stifteten. Darauf ist zu lesen, dass dies am 10. Januar 1897 geschah und dass der Theologieprofessor von 1832 bis 1857 an der Landesuniversität in Gießen lehrte.

Die Marmortafel ist eher gräulich als weiß, das Gold der Inschrift ist weitgehend abgeblättert. Alt-Gießener mögen sich auch an den Credner-Keller erinnern, eine legendäre Studentenkeiße, für die man die Stufen abwärts ins Gewölbe nehmen musste. Die Gaststätte ist seit 1982 geschlossen, zeitweilig diente der Keller einem Buchantiquariat.

Karl August Credner (1797–1857) stammte aus einem Pfarrhaushalt bei Gotha. Er studierte evangelische Theologie an der Universität Jena, wo er auch promoviert wurde und sich habilitierte. Eine ordentliche Professur erhielt er 1832 in Gießen, wo er bis zu seinem Tode blieb.

Credners Interesse galt der geschichtlichen Betrachtung der Bibel-erzählungen, insbesondere des Neuen Testaments. Er zählte zu den aktiven Reformern der Lehre, was ihn zum beständigen Gegenpart des konservativen Universitätskanzlers Justin von Linde (1797–1870) machte. Im Jahr 1839 hatte Credner eine Studentenre-

volte gegen die Härten der disziplinarischen Maßnahmen durch von Linde unterstützt. Es kam zum sogenannten Karzersturm. Die Streitigkeiten und zeitweiligen Ausgrenzungen zehrten an der Gesundheit des Theologen, wie sein Biograf Baldensperger in der Universitäts-Festzeitung 1907 schreibt.



Erinnerung an einen Theologen und aktiven Reformen der Lehre.

Posthum wurde Credner durch die theologische Fakultät doch noch Anerkennung gezollt, indem an seinem 100. Geburtstag in einem feierlichen Akt die Gedenktafel an seiner ehemaligen Wohnung angebracht wurde. Anwesend waren Vertreter von Universität, Stadt und Familie. Sein Sohn Hermann Credner, Verlagsbuchhändler in Leipzig, hatte bereits eine »wohlthätige Stiftung zu Gunsten der Dozentenwitwen« gegründet. Aus eigener Erfahrung, möchte man meinen, denn als sein Vater starb, war ein Gutteil der noch lebenden neun Kinder (von 16 geborenen Kindern) minderjährig. Was das für die Mutter bedeutete, in einer Zeit ohne soziale Absicherung, kann man sich heute kaum vorstellen.



Unscheinbar: Die Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus von Prof. Karl August Credner in der Frankfurter Straße 11.

Im Dienst von Kunst und Kultur

Ehrendoktorwürde für Hans Sarkowicz, Programmchef hr2-kultur

chb. Kultur schaffen und vermitteln: Hans Sarkowicz schlägt die Brücke von der Theorie zur Praxis. Für sein facettenreiches Werk und sein herausragendes Engagement für Kunst und Literatur hat der Fachbereich 05 – Sprache, Literatur, Kultur der JLU dem Programmchef hr2-kultur kürzlich die Ehrendoktorwürde verliehen.

Die Ehrung erfolgte im Rahmen der Tagung »Deutschsprachiger Rundfunk im Exil – Deutsche Emigrantinnen und Emigranten und die Rundfunkarbeit im Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland (1933–1945)«, die an der JLU von den Germanisten Prof. Dr. Carsten Gansel und Prof. Dr. Sascha Feuchert, Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur, in Verbindung mit Prof. Dr. Roland Innerhofer, Wien, und Hans Sarkowicz, hr Frankfurt, veranstaltet wurde.

»Hans Sarkowicz ist einer der wichtigsten Förderer von Kunst und Literatur im öffentlichen Rundfunk«, heißt es in der Begründung des Fachbereichs 05. Er habe seit Jahrzehnten als Forscher auch die literarische Pra-

xis bereichert und sein Wissen an die Studierenden weitergegeben. Darüber hinaus habe Sarkowicz durch seine gründliche Archiv- und Quellenarbeit mit dazu beigetragen, »weiße Flecken« der philologischen Forschung zu füllen, ergänzte Prof. Gansel, der auch die Laudatio hielt.

Hans Sarkowicz ist seit 1979 beim Hessischen Rundfunk tätig, derzeit als Programmchef von hr2-kultur und Leiter des Ressorts Literatur und Hörspiel. Er ist Initiator der Hörbuch-Bestenliste und des Preises »Hörbuch des Jahres«. Mit Heiner Boehncke gründete er »Literaturland Hessen«. Sarkowicz ist Geschäftsführer der hr-Verwertungstochter hr Media und Ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zuhören unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und JLU-Alumnus Dr. Frank-Walter Steinmeier.

Seit 2004 hat Sarkowicz verschiedene Lehraufträge an den Universitäten in Frankfurt, Gießen und Marburg übernommen, zudem legt er eine beeindruckend umfangreiche Publikationsliste vor.

Netzwerk eines herausragenden Naturforschers

Digitalisierung und Erschließung der wissenschaftlichen Korrespondenz von Karl Ernst von Baer (1792–1876) – Entdeckung des arktischen Permafrostes und Kritik am Darwinismus

► Von Dr. Kai Torsten Kanz

Das Briefnetzwerk eines der bedeutendsten Naturforschers des 19. Jahrhunderts zu erschließen, war das Ziel des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts »Digitalisierung und Erschließung der wissenschaftlichen Korrespondenz Karl Ernst von Baers (1792–1876) in der Universitätsbibliothek Gießen«, das kürzlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Denn in der UB schlummert seit mehr als 100 Jahren ein großer Schatz: die wissenschaftliche Korrespondenz als Nachlassteil des deutschbaltischen Gelehrten Karl Ernst von Baer, der vor allem als Embryologe Weltruf erlangte. Von seinem Schüler und ersten Biographen, dem Anatomieprofessor Ludwig Stieda (1837–1918) in Dorpat lange Zeit verwahrt, wurde diese einzigartige Sammlung nach dessen Tod in Gießen 1919 der Universitätsbibliothek übergeben.

Über Jahrzehnte für verloren gehalten, galt die Wiederentdeckung des Baer'schen Nachlasses im Magazin der UB im Jahr 1971 als wissenschaftliche Sensation. Seitdem sind auf dieser Basis zahlreiche Publikationen, insbesondere kleinere Briefeditionen, erschienen. Auch ein erstes Gesamtverzeichnis des Gießener Materials, das der estnische Geograph Erki Tammiksaar 1999 publizierte, erneuerte das Interesse der wissenschaftshistorischen Forschung an diesem Bestand.

Trotz dieser Vorarbeiten blieb eine Neukatalogisierung der Korrespondenz in Verbindung mit einer Digitalisierung ein Desiderat. Im Vorfeld wurden

die einzelnen Schreiben, soweit sie in zusammengebundener Form als Briefbände vorlagen, vorsichtig auseinandergetrennt und restauriert – dankenswerterweise mit umfangreicher finanzieller Unterstützung der Gießener Hochschulgesellschaft. Daran schloss sich seit November 2019 das von der DFG mit der Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters finanzierte Projekt an, in dem Brief für Brief, nebst Beilagen und weiteren Dokumenten, erschlossen wurde. Damit kann das weltumspannende und disziplinenübergreifende Briefnetzwerk Baers nun genau rekonstruiert werden.

Zwei Jahre und drei Monate später liegen in den Digitalen Gießener Sammlungen (DIGISAM) insgesamt 4.645 einzelne Datensätze vor, die die wesentliche Beschreibung des jeweiligen Korrespondenzstücks nebst einem Digitalisat bereithalten. Damit ist nun erstmalig ein weltweiter Zugriff auf diesen für die Wissenschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts so zentralen Briefbestand möglich.

Baer war ein herausragender Naturforscher, der sich zunächst als Medizinprofessor an der preußischen Universität Königsberg einen Namen als vergleichender Anatom, Zoologe und vornehmlich als Embryologe gemacht hatte. Seine 1827 publizierte Entdeckung des »Säugetierieres«, das heißt der weiblichen Eizelle, machte ihn weltberühmt und verschaffte ihm bald einen Ruf an die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, wo er ab 1834 tätig war. Sein dortiges Wirken als Akademiker im Range eines Staatsrats entsprach dem eines Forschungsprofessors ohne Lehrverpflichtung. Hier startete er eine zweite Karriere als Forschungsreisender, der

mehrfach die Arktis bereiste und als erster Naturforscher die Insel Nowaja Semlja betrat.

Zentrale weitere Forschungen betrafen die Entdeckung des arktischen Permafrostes, von Baer »unvergängliches Boden-Eis« genannt, die Festlegung von Kriterien für die Vermessung des menschlichen Schädels und seine Kritik am Darwinismus. Mehrere Bücher und Zeitschriftenreihen und Hunderte wissenschaftliche Publikationen zeugen von seinem hochproduktiven Gelehrteisein.

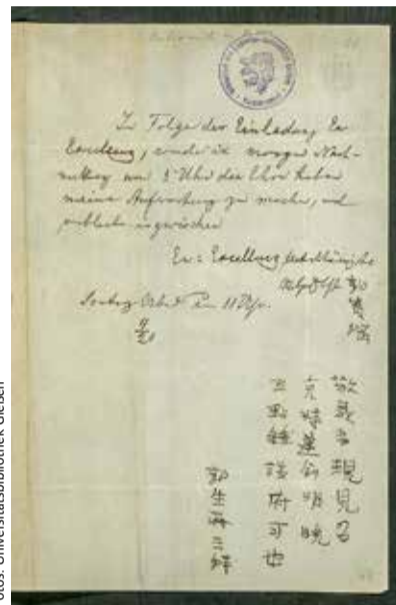
Ein solch vielfältiges und transdisziplinäres Werk konnte nicht ohne ein Briefnetzwerk ermöglicht werden, durch das sich Baer Bücher und Präparate, aber auch neue Forschungsergebnisse zukommen ließ. Zudem war Baer ein Netzwerker, der zahlreiche junge Forscher förderte und unterstützte. Deren Dankschreiben, aber auch eine Fülle weiterer hochinteressanter Korrespondenzstücke liegen nun gut zugänglich vor.

Insgesamt enthält der Nachlass etwa 3.750 Briefe an Baer von mehr als 1.200 Korrespondenten. Ergänzt wird der Bestand durch 609 Briefe (teils Konzepte und Abschriften) von Baer selbst. Mehr als 110 Drittbrieftexte und weitere mehr als 240 Dokumente und Materialien wurden zusätzlich erschlossen. Die Katalogisierung der Einzelbriefe erfolgte im »Kalliope Verbundkatalog« für Autographen. Dabei wurden Daten für Personen und Schlagworte aus der Gemeinsamen Normdatei (GND) der Deutschen Nationalbibliothek eingebunden sowie jeweils eine kurze inhaltliche Zusammenfassung jedes Briefes in Regestenform erstellt, woraus sich jetzt ein Online-Findbuch des Nachlasses anzeigen lässt.

Als ein wesentliches Ergebnis konnten insgesamt mehr als 80 neue Korrespondenzpartner Baers identifiziert werden,



Brief von Karl Dauthendey an Karl Ernst von Baer, St. Petersburg, vom 5. Juli 1859 (NL Baer, Schriften 43, Bl. 36). Thema ist die Bezahlung einer Porträt-Fotografie Baers, die Dauthendey anfertigte.



Brief von Karl Gützlaff an Karl Ernst von Baer, o.O.u.D. [St. Petersburg, ca. 9. Juli 1850] (NL Baer, Schriften 43, Bl. 43-44). Gützlaff kündigt darin seinen Besuch für den folgenden Tag an, in deutscher Sprache und mit chinesischen Schriftzeichen.



Fotos: Universitätsbibliothek Gießen

darunter der Zoologe Alexander Agassiz, der Fotograf Karl Dauthendey, der Astronom Georg Albert von Fuss, der China-Missionar Karl Gützlaff, der Politiker Karl Albert von Kamptz, die Forschungsreisenden Friedrich Heinrich von Kittlitz und John W. von Müller, der Naturphilosoph Gotthilf Heinrich Schubert, der Botaniker und Japan-Forscher Philipp Franz von Siebold und der Bibliothekar und Publizist Samuel Heinrich Spiker.

Mit den Digitalisaten der wissenschaftlichen Korrespondenz Baers steht nun ein Rechercheinstrument zur Verfügung, das – wie erste internationale Anfragen zeigen – auf großes Interesse in der historischen Forschung aller Disziplinen trifft.

Online-Findbuch: <https://kalliope-verbund.info/de/findingaid?fa.id=DE-611-BF-6419&fa.enum=41&lastparam=true#1>

Briefe aus dem Nachlass Baer: <https://digisam.uni-giessen.de/ubg-ihd-nl-baer-k>



Die Schwachen zuerst

Die Coronakrise ist ein »Trainingslager«, das uns auf kommende Krisen vorbereitet, die mit der Klimakatastrophe auf uns einstürzen werden. Es hat sich gleich zu Beginn der Pandemie gezeigt, dass der Ausnahmezustand über Nacht zum Alltag werden kann. Eine solche Krise bringt auch viele soziale Fragen mit sich. Diese greift der Soziologe Prof. i.R. Dr. Dr. Reimer Gronemeyer in seinem Buch »Die Schwachen zuerst – Lektionen aus dem Lockdown« auf. Werden

die Schwächsten der Gesellschaft »zuerst über die Klinge springen«?

Der Autor schreibt, in und nach der Coronakrise, sei es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Aus einer in Trümmern liegenden Gesellschaft nach dem ersten Lockdown im Jahr 2020 müsse die Umkehrung erwachsen. Sein Plädoyer: Wir müssen sehen, dass die Schwachen zum Maßstab für das Wohl der Menschen werden; die Gerechtigkeit muss über dem Kapitalismus stehen.

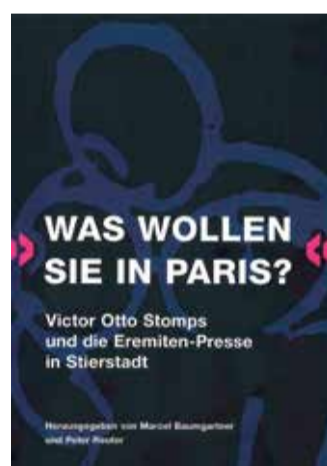
Prof. i.R. Reimer Gronemeyer, Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildungsforschung, ist seit 2018 Ehrenszenar der JLU.

Reimer Gronemeyer: Die Schwachen zuerst – Lektionen aus dem Lockdown, 192 Seiten, Claudius Verlag München 2021, 18 Euro, ISBN 978-3-532-62862-1

Was wollen Sie in Paris?

Victor Otto Stomps (1897–1970) war als Schriftsteller, als Herausgeber, Drucker und Verleger eine der markantesten Persönlichkeiten in der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts.

Die Ausstellung »Was wollen Sie in Paris?«. Victor Otto Stomps und die Eremiten-Presse in Stierstadt«, die 2014 in der Universitätsbibliothek unter reger öffentlicher Resonanz gezeigt wurde, war



in einem interdisziplinären Seminar unter Leitung der beiden Germanisten Prof. Dr. Joachim Jacob und Prof. Dr. Sascha Feuchert sowie des Kunsthistorikers Prof. Dr. Marcel Baumgartner vorbereitet worden. In der Ausstellung wurde die verlegerische Leistung von V. O. Stomps in eine höchst spannende Phase der Nachkriegsliteratur und, was bisher wenig beachtet wurde, auch der Nachkriegskunst eingebunden.

Gezeigt wird, wie im Zentrum um V. O. Stomps und das Stierstädter Schloss Sanssouisi weit über die Landesgrenzen hinaus Impulse gegeben wurden, die auch auf europäischem Niveau Spuren hinterlassen haben. Der nun vorliegende Band enthält neben einer Dokumentation der Ausstellung Beiträge von Marcel Baumgartner, Bazon Brock, Bernhard Jäger, Hendrik Liersch, Peter Reuter und Hans Goswin Stomps.

Der mit mehr als 150 meist farbigen Abbildungen reich illustrierte Band ist in der Universitätsbibliothek oder über den Buchhandel erhältlich.

Marcel Baumgartner und Peter Reuter: Was wollen Sie in Paris? Victor Otto Stomps und die Eremiten-Presse in Stierstadt, 162 Seiten, Giessen University Library Publications 2021, 20 Euro, ISBN 978-3-944682-99-0

Taschenatlas Zoologie

Der erste Taschenatlas für die Zoologie bietet eine systematische Zusammenstellung der Lehrinhalte der Allgemeinen wie auch der Speziellen Zoologie. Das von Prof. em. Dr. Wolfgang Claus und Cornelia Claus herausgegebene Buch stellt die Allgemeine und Systematische Zoologie kompakt in einem Band dar und ist zum Lernen, Rekapitulieren und Nachschlagen in erster Linie für Studierende im Bachelor-Studium gedacht.

Auf etwa 180 thematisch abgeschlossenen Doppelseiten werden die Inhalte zu einzelnen Themen gebündelt, übersichtlich und mit großformatigen Farbabbildungen präsentiert. Der Taschenatlas eignet sich für alle Studierenden der Biologie und verwandter Fächer sowie für Biologie-Lehrerinnen und -Lehrer, bietet aber als Nachschlagewerk zugleich allen interessierten Personen Einblicke in die Vielfalt der Tierwelt.

Wolfgang Claus ist emeritierter Professor am Institut für Tierphysiologie der JLU. Er war u. a. einer der Direktoren des Universität Gießen Lung Center (UGLC), dem Vorläufer



des Universities of Giessen and Marburg Lung Center (UGMLC). Cornelia Claus arbeitet als wissenschaftliche Illustratorin und Fotografin im Universitätsbereich.

Wolfgang Claus, Cornelia Claus: Taschenatlas Zoologie, 406 Seiten, Verlag Springer Spektrum, Berlin, Heidelberg 2021, 32,99 Euro, ISBN: 978-3-662-61591-1; E-Book 24,99 Euro, ISBN: 978-3-662-61593-5.

Narrativity and Intermediality in Contemporary Theatre

Wie werden Geschichten erzählt im Theater zu Beginn des 21. Jahrhunderts und welche Medien kommen dabei zum Einsatz? Der zweisprachige Band »Narrativity and Intermediality in Contemporary Theatre« ist das Ergebnis einer internationalen Konferenz zu diesem Thema, die 2016 von der JLU gemeinsam mit der Universität Paul-Valéry in Montpellier ausgerichtet wurde.

Stücke von Gruppen wie Motus oder Rimini Protokoll rücken hier ebenso in den Fokus wie die künstlerischen Verfahrenweisen von Akram Zataari, Maria Jerez oder Hannah Hegenscheidt. Die verschiedenen Beiträge widmen sich damit auf Englisch oder auf Französisch neueren Theater-, Tanz- und Performancearbeiten: Wie lassen sich aktuelle Erzähltechniken akademisch einordnen? Und wie nutzen sie die Möglichkeiten des Intermedialen?

Dazu nehmen diese Beiträge unterschiedliche Perspektiven ein,



und der Band »Narrativity and Intermediality« bietet Forschungsergebnisse, die Denkanstöße für ein akademisches ebenso wie für ein künstlerisches Lesepublikum bilden.

Alix de Morant, Helga Finter, Eva Holling, Didier Plassard, Bernhard Siebert, Gerald Siegmund (Hrsg.): Narrativity and Intermediality in Contemporary Theatre / Narrativité et intermédialité sur la scène contemporaine, 472 Seiten, Peter Lang Verlag 2021, 91,95 Euro, ISBN 978-3-0343396-4-3

Reimer Gronemeyer

DIE SCHWACHEN ZUERST

LEKTIONEN AUS DEM LOCKDOWN

claudius



Foto: JLU / Roland Duss

Prof. Dr. Claus Leggewie,
Ludwig-Börne-Professur der JLU

Foto: JLU / Karina Friese

Luisa Neubauer,
Klimaaktivistin

Foto: JLU / Karina Friese

Prof. Dr. Bernhard Neumärker,
Wirtschaftspolitik

Foto: JLU / Roland Duss

Welche Zukunft ...

... hat unser auf Markt und Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem? Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer? Welche Alternativen gibt es für eine gerechtere und nachhaltige Wirtschaft der Zukunft? Solche Fragen standen im vergangenen Wintersemester im Fokus der Ringvorlesung des Präsidenten. Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten unter dem Titel »Wirtschaft neu denken – Die Grenzen von Markt und Wachstum« aus unterschiedlichen Perspektiven mögliche Lösungsansätze. Prof. Dr. Alexander Haas, Marketing und Verkaufsmanagement, hatte die Vorlesungsreihe koordiniert. [Alle Vorträge können auf dem YouTube-Kanal der JLU abgerufen werden: www.youtube.com/user/universitaetgiessen](https://www.youtube.com/user/universitaetgiessen)



Foto: JLU / Till Schürmann

Nicola Beer, Vizepräsidentin
des Europäischen Parlaments

Foto: JLU / Roland Duss

Janine Wissler,
Bundesvorsitzende DIE LINKE

Foto: JLU / Till Schürmann

Prof. Dr. Michael Hüther,
Direktor des IW Köln

Ein PLUS durch Vernetzung

UN-Nachhaltigkeitsziele im Fokus: DAAD fördert SDG-Partnerschaft »Planetary Utilization of Sustainability Strategies« unter JLU-Federführung – Kooperationen mit Partnerinnen und Partnern im südlichen Afrika und in Lateinamerika

chb. Soziale Ungleichheit, Kampf um Ressourcen oder Klimawandel – Lösungsansätze für die drängenden Probleme der Gegenwart lassen sich nur gemeinsam mit strategischen Partnern und in Netzwerken finden. Hier setzt »PLUS« an: Die SDG-Partnerschaft »Planetary Utilization of Sustainability Strategies« (»Planetary Utilization of Sustainability Strategies«) der JLU besteht aus einem Konsortium mit acht Partnerhochschulen aus dem südlichen Afrika und Lateinamerika.

Es wird getragen vom Gedanken, dass die Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung nur in globalen Kooperationen und im Diskurs gelöst werden können; dazu müssen innovative Netzwerke geschaffen werden. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) fördert das Projekt PLUS unter JLU-Federführung aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Programm »SDG-Partnerschaften«; die JLU hatte für die kommenden vier Jahre rund 400.000 Euro beantragt.

PLUS knüpft an bestehende internationale Partnerschaften an: Es ist ausgerichtet auf den Aufbau und die Verstärkung multilateraler Kooperationsstrukturen in zwei strategischen Partnerregionen der JLU: im südlichen Afrika (Botswana, Mosambik, Namibia, Südafrika) und in Lateinamerika (Ecuador, Kolumbien). Beide Regionen sind einschneidenden sozial-ökologischen Transformationsfolgen ausgesetzt, die



Foto: Colourbox.de / Phantaw Nandee

Verteilungskämpfe: Durch die Verknappung von Ressourcen wie Wasser und Nahrung werden die Konflikte in den betroffenen Regionen weiter zunehmen. Das Projekt PLUS nimmt die UN-Nachhaltigkeitsziele in den Blick und vernetzt zahlreiche internationale Partnerinnen und Partner.

soziale Ungleichheiten verschärfen. Durch die Verknappung von Ressourcen wie Wasser und Nahrung werden auch die Verteilungskämpfe zunehmen.

»Das Projekt PLUS geht Konfliktlinien der Gegenwart nach, indem es systematisch unterschiedliche Perspektiven einbindet und zueinander in Beziehung setzt«, erläutert Prof. Dr. Jörn Ahrens, der die Federführung des Projekts innehat. Der Kulturoziologe am Fachbereich 03 – Sozial- und Kulturwissenschaften kennt die Interessenkonflikte beziehungsweise die Kritik an hegemonialen Ansprüchen in den beteiligten Regionen sehr genau. Nötig sei umso mehr ein gemeinsames Bemühen um alternative Konzepte. Daher gehe PLUS »transnational, multiperspektivisch und transdisziplinär« vor. Das Netzwerk werde weitere universitäre, zivilgesellschaftliche, politische sowie privatwirtschaftliche Partner einbinden.

Bei dieser internationalen Hochschulpartnerschaft zu den 17 Sustainable Development Goals (SDG) geht es vor allem um einen Mehrwert durch Vernetzung: Im Projekt PLUS sollen modellhaft Lösungsvorschläge und

-strategien für globale Herausforderungen und für eine angemessene gesellschaftliche Praxis zur Erreichung der SDG erarbeitet werden. Dazu wird ein Kommunikationsnetzwerk in Forschung, Lehre und Hochschulmanagement geschaffen, wobei die Initiatoren davon ausgehen, dass der sozialwissenschaftlichen Perspektive bei einer global nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zukommt. Innerhalb der regionalen Schwerpunktsetzung auf einer Süd-Süd-Achse zwischen dem südlichen Afrika und Lateinamerika nimmt PLUS eine vergleichende Perspektive ein. So werden Synergien für die Entwicklung von Strategien für eine global nachhaltige Entwicklung geschaffen. Zentrale Ansatzpunkte sind Verschränkungen zwischen sozioökonomischen und ökologischen Herausforderungen wie Klimawandel, Landverteilung, globale Gesundheit, soziale Ungleichheit etc.

Konkrete Schritte sind geplant: Zum Auftakt der Netzwerkaktivitäten sollen an der JLU im kommenden Sommer eine erste Konferenz und eine International Networking Week stattfinden. Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen in Südafrika und in Kolumbien

werden sich in den folgenden Jahren anschließen.

Darüber hinaus sind im Partnernetzwerk binationale Promotions zu SDG-Themen über Cotutelle-Agreements vorgesehen. Digitale Lehrangebote zu SDG-Themen werden verzahnt und digitale Vernetzungsmöglichkeiten für Studierende – unter anderem in sogenannten Learning Labs – etabliert. Für das wissenschaftliche und administrative Personal der Partnerhochschulen stehen ebenfalls Fort- und Weiterbildungen auf der Agenda. Denn neben der Vermittlung von fachlicher Expertise legt PLUS Wert auf praktisches Alltagswissen, kulturelle Sensibilität und vor allem auf Transferkompetenzen.

SDG-Partnerschaftsnetzwerk

Zum SDG-Partnerschaftsnetzwerk PLUS gehören die North-West University und die University of Fort Hare in Südafrika, die University of Botswana (Gaborone), die Namibia University of Science and Technology (Windhoek), die Universidade Pedagógica, Mosambik (Maputo), die Universidad de Antioquia und die Universidad de los Andes in Kolumbien sowie die Universidad Andina Simón Bolívar, Ecuador.

Baupläne des Lebens

Land Hessen fördert LOEWE-Zentrum für Translationale Biodiversitätsgenomik

pm/ed. Die genomischen Grundlagen biologischer Vielfalt zu erforschen – das ist die Mission der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am LOEWE-Zentrum für Translationale Biodiversitätsgenomik (TBG). Sie untersuchen Pflanzen und Tiere, Pilze und Flechten, um der Entwicklung und den Anpassungen einzelner Gene und Arten sowie auch gesamter Ökosysteme auf die Spur zu kommen. Ihre Erkenntnisse werden in der Grundlagen- und der angewandten Forschung genutzt und sind für verschiedene Belange der Gesellschaft relevant, etwa für die Entdeckung und Nutzung von Naturstoffen für neue Medikamente oder den Artenschutz in Zeiten sich ändernder Umweltbedingungen.

Ab Januar 2022 fördert das Land Hessen das LOEWE-Zentrum TBG für weitere drei Jahre mit insgesamt rund 15,6 Millionen Euro. Hinzu kommt eine Förderung für Baumaßnahmen am Standort Frankfurt in Höhe von rund 2,6 Millionen Euro. An dem Verbundforschungsvorhaben unter Federführung der Frankfurter Senckenberg Gesellschaft ist die JLU beteiligt, unter anderem mit Forschung im Bereich der Insektenbiotechnologie.

»Wir freuen uns sehr darüber, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Rahmen nun weiterhin die Baupläne des Lebens erforschen – zusammen im Verbund mit starken hessischen Partneereinrichtungen«, sagt JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee. »Die biologische Vielfalt auf allen Ebenen zu verstehen, eröffnet neue Wege, um sie in Zukunft nachhaltig schützen und nutzen zu können.«

Das gemeinsame Forschungszentrum LOEWE-TBG wurde von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, der Goethe-Universität Frankfurt, der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie IME initiiert. Weitere Partner sind das Fraunhofer-Institut für Translationale Medizin und Pharmakologie ITMP und das Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie (MPI-TM).

LOEWE-TBG wird seit 2018 von der hessischen »Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz« (LOEWE) finanziert. Mit diesem Forschungsförderungsprogramm setzt das Land Hessen seit 2008 wissenschaftspolitische Impulse und stärkt damit nachhaltig die hessische Forschungslandschaft.

<https://tbg.senckenberg.de>

#JLUsustainability

AUS DER PRÄSIDENTIALVERWALTUNG

AKADEMISCHES AUSLANDSAMT

Nicole Bier hat am 7. Februar die Sachgebietsleitung Deutsch als Fremdsprache (DaF, AAA4) im Akademischen Auslandsamt übernommen und wird in dieser Funktion voraussichtlich bis Januar 2023 im Rahmen einer Mutterschutz- und Elternzeitvertretung die Deutschkurse für internationale Studierende, Promovierende und Forschende der JLU sowie deren Angehörige koordinieren. Ihre Hauptaufgabe liegt darin, das DaF-Angebot der JLU weiterzuentwickeln, insbesondere durch die Einführung von hybriden Kursformaten. *Nicole Bier* arbeitete zuletzt als Koordinatorin und Dozentin im Deutsch-Bereich der Universidad de los Andes in Bogotá, Kolumbien.

@ nicole.bier@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641 99-12148

Olivia Klimm hat zum 1. März die Stelle als Referentin für die Beratung und Unterstützung internationaler Studierender im Akademischen Auslandsamt (AAA2) angetreten. In ihren Aufgabenbereich fallen Einzel- und Gruppenberatungen internationaler Studierender, die konzeptionelle und operative Weiterentwicklung des spezifischen Beratungsangebots für Studierende mit Fluchthintergrund sowie die sachgebietsbezogene Drittmittelkoordination und -akquise.

@ olivia.klimm@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641 99-12143

BÜRO FÜR CHANCENGLEICHHEIT / BÜRO DER FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Kinderbetreuungskosten

Die JLU hat einen Fonds für Babysitterzuschüsse eingerichtet, der sich an Postdoktorandinnen und Postdoktoranden sowie Tenure-Track-Professorinnen und -Professoren mit Kindern richtet. Dadurch können zusätzliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der Regelbetreuung (Randzeiten, Schließzeiten der Kita, Schulferien, Erkrankung des Kindes etc.) entstehen, bezuschusst werden. Es ist das Ziel, Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler während intensiver Projekt- und Qualifikations-Phasen oder bei Ausfall der Regelbetreuung in ihren Familienaufgaben zu entlasten.

Reisekostenfonds

Die JLU verfügt über einen Reisekostenfonds für Dienstreisen mit Kindern, der sich an Postdoktorandinnen und -doktoranden sowie Tenure-Track-Professorinnen und -Professoren richtet. Dieser Fonds ermöglicht die Einwerbung zusätzlicher Mittel für die Mitnahme von Kindern unter 14 Jahren und Begleitpersonen auf Dienstreisen, wenn vor Ort durch den Veranstalter keine geeignete Kinderbetreuung angeboten wird.

Übergangsstipendien

Die JLU vergibt Übergangsstipendien bei auslaufenden Drittmittelprojekten. Es ist das Ziel, Doktorandinnen und Postdoktorandinnen aller Fachbereiche eine temporäre, finanzielle Unterstützung im Übergang zu einer Anschlussfinanzierung durch neue Forschungsprojekte oder Qualifikationsstellen zu ermöglichen. Die Übergangsstipendien dienen der Fertigstellung von Forschungs- oder Qualifikationsarbeiten sowie der Antragstellung für nachfolgende Forschungsprojekte (z. B. im DFG-Programm »Eigene Stelle«).

BÜRO FÜR NACHHALTIGKEIT (BFN)

JLU ist Mitglied der DG HochN

Die JLU ist seit Februar institutionelles Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltigkeit an Hochschulen e.V. (DG HochN). Die DG HochN versteht sich als »Austausch- und Expert*innenplattform zu Nachhaltigkeit an Hochschulen« und setzt sich für die nachhaltige Entwicklung an und durch Hochschulen ein. Durch die Mitgliedschaft der Universität Gießen hat jedes JLU-Mitglied die Möglichkeit, beitragsfrei auch persönliches Mitglied der DG HochN zu werden und das vielfältige Angebot kostenfrei zu nutzen: Teilnahme und Initiierung von DG-Hubs, persönliche Vernetzung und kollegialer Austausch, Aufnahme in den bundesweit angelegten »DG HochN-Expert*innenpool« und Primärzugang zu bedarfsbezogener kollegialer Beratung.

www.dg-hochn.de

Fragen zur DG-HochN-Mitgliedschaft der JLU:
nachhaltigkeit@admin.uni-giessen.de

PRÄSIDENTIALBÜRO

Julia Degenhardt und *Lena Wilhelm* sind seit dem 1. Januar als Referentinnen für Kommunikation im Präsidialbüro tätig. In dieser Funktion unterstützen und begleiten sie die Kommunikations- und Netzwerkaufgaben der Hochschulleitung, übernehmen Übersetzungsaufgaben für das Präsidium und unterstützen die Betreuung zentraler Gremien.

@ julia.degenhardt@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641 99-12022
@ lena.wilhelm@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641 99-12028

DEZERNAT D – FINANZ- UND RECHNUNGSWESEN / BESCHAFFUNG

Jens Rabenau ist seit dem 1. Januar als Leiter der Abteilung Finanzbuchhaltung / Externes Rechnungswesen im Dezernat tätig und hat die Nachfolge von *Rolf Langenbeck* angetreten. *Jens Rabenau* ist insbesondere für die Ablauf- und Koordinationsaufgaben der Finanzbuchhaltung und des Zahlungsverkehrs, die Erstellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung), steuerliche Angelegenheiten sowie die Anlagenbuchhaltung zuständig.

@ jens.rabenau@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641/99-12420

Claudia Wissner-Jurasek ist seit dem 1. Januar im Sachgebiet Hauptbuch- und Kreditorenbuchhaltung beschäftigt. Zu ihrem Aufgabenbereich zählen insbesondere die Verbuchung von Eingangsrechnungen und die Sachkontenabstimmung.

@ claudia.wissner-jurasek@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641/99-12434

Karin Bischoff unterstützt das Team Debitorenbuchhaltung, Zahlungsverkehr und Liquiditätssteuerung in der Abteilung Finanzbuchhaltung / Externes Rechnungswesen und ist dort unter anderem zuständig für debitorische Buchungen und studentische Zahlungsvorgänge.

@ karin.bischoff@admin.uni-giessen.de; ☎ 0641/99-12443



Foto: Susanne Domke

Blick von oben: Mit Containern schafft das Hochschulrechenzentrum eine räumliche Lösung für die dringend benötigte Server-Hardware. Zwei Container werden in der Mitte durch ein Modul verbunden.

Digitale Zukunft im Visier

Hochschulrechenzentrum schafft mit Container-Lösung Raum für dringend benötigte Server-Hardware – Räumliche, infrastrukturelle und sicherheitstechnische Rahmenbedingungen stehen bei den weiteren Planungen im Vordergrund

mk/chb. Die Digitalisierung der Hochschulen, die in den kommenden Jahren weiter massiv vorangetrieben werden muss, hat dem Bedarf an adäquater technischer Infrastruktur einen weiteren Schub verliehen. Die Anforderungen an das Hochschulrechenzentrum (HRZ) sind rasant gestiegen. Eine Entwicklung, die durch den Cyberangriff am 8. Dezember 2019 und dessen gravierende Folgen für die gesamte Universität – bekannt geworden unter dem Hashtag #JLUoffline – sowie anschließend die Coronakrise mit der damit einhergehenden (Re-)Digitalisierung von Forschung, Lehre und Verwaltung zusätzlich beschleunigt wurde. Um Raum für die dringend benötigte Server-Hardware zu schaffen, entsteht auf dem Campus Natur- und Lebenswissenschaften ein Container-Rechenzentrum. Weitergehende Pläne für ein

neues Technikgebäude sind noch in einem frühen Planungsstadium.

Sicherheitsanforderungen

Wenngleich immer mehr cloudbasierte IT-Lösungen zum Einsatz kommen, bringt es der Betrieb universitätseigener Serversysteme mit sich, dass dafür im HRZ qualitativ hochwertige Stellflächen benötigt werden. Vor dem Hintergrund erhöhter IT-Sicherheitsanforderungen, Datenschutz und hoher Verfügbarkeit wird sich diese Nachfrage künftig noch verstärken. Für die JLU hat sich ein akuter Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Server-Hardware, unter anderem auch für die Cloud-Computing-Infrastruktur des Deutschen Netzwerks für Bioinformatik-Infrastruktur (de.NBI), abgezeichnet. Aus diesem Grund ist bereits im Herbst vergangenen Jahres mit der Errichtung eines Container-Rechenzentrums begonnen worden: Angrenzend an das Gebäude der Nachrichtentechnik des HRZ werden im Leihgesterner Weg zwei Hochseecontainer installiert.

Technische Infrastruktur

Das Container-Rechenzentrum bietet neben der nötigen technischen Infrastruktur wie Kälte- und Klimatechnik und unterbrechungsfreier Stromversorgung Raum für zehn Serverschränke, die wiederum mit Hochleistungsrechnern bestückt werden können. Die Inbetriebnahme der beiden Container wird mit Bereitstellung der Stromanschlüsse durch die Stadtwerke Gießen erfolgen. Die Containerlösung wird vo-

raussichtlich zur Jahresmitte verfügbar sein. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Euro.

Perspektiven

Das Gebäude des Hochschulrechenzentrums am Heinrich-Buff-Ring ist im Jahr 1979 in Betrieb genommen worden, die bauliche und technische Infrastruktur entsprach zur damaligen Zeit den neuesten Standards. Die Informationstechnologie hat seitdem jedoch eine rasante Entwicklung durchlaufen.

Eine Ertüchtigung des Bestandsgebäudes des HRZ hat sich nach eingehender Prüfung weder unter technischen noch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als realisierbar herausgestellt. Daher hat sich die JLU dazu entschlossen, durch die Planung eines als Technikgebäude ausgelegten Neubaus die räumlichen, infrastrukturellen und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen den heutigen und zu erwartenden Anforderungen anzupassen.

Der Bürotrakt des HRZ bleibt von den Planungen unberührt. In dieser frühen Planungsphase werden gemeinsam mit einem Planungsbüro die baulichen Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen für ein Serverraumbauwerk ermittelt, die unter anderem von der Verfügbarkeit vorhandener Bauflächen und den Anbindungsmöglichkeiten an Medien wie Strom, Netzanbindung und Kühlung bestimmt sind. Mit Blick auf die anstehenden Planungs- und Genehmigungsschritte wird mit einer Inbetriebnahme des Gebäudes nicht vor dem Jahr 2026 zu rechnen sein.

Nachhaltige Ideen gesucht

JLU legt Förderfonds für Nachhaltigkeitsvorhaben auf

aj. Für innovative Ideen rund um Nachhaltigkeit an der JLU gibt es ab sofort eine universitätseigene Förderung: den Förderfonds Nachhaltigkeit. Dieser Förderfonds finanziert Nachhaltigkeitsprojekte, -maßnahmen und -initiativen aus der Breite der JLU und soll ein Anreiz sein, neue und innovative Nachhaltigkeitsvorhaben auf den Weg zu bringen. Auch kleine Projekte und Initiativen können gefördert werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Vorhaben einen klaren Bezug zum Thema Nachhaltigkeit haben und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Universität leisten.

Mitglieder der JLU können ab sofort bis 2025 jährlich Anträge auf Förderung von Nachhaltigkeitsvorhaben beim Büro für Nachhaltigkeit (BfN) einreichen, das die Anträge begutachtet und der Gemeinsamen Kommission für Nachhaltigkeit zur Entscheidung vorlegt. Beantwortet werden können

Sachmittel (hierzu zählt formal auch der Einsatz studentischer Hilfskräfte) und in begründeten Fällen in geringem Umfang auch Personalmittel. Auch die Teilfinanzierung eines Vorhabens ist möglich.

In der aktuellen Ausschreibungsrunde für das Jahr 2022 steht eine Gesamtfördersumme in Höhe von 112.500 Euro zur Verfügung. Für das Jahr 2022 bestehen drei Einreichungs-

#JLUustainability

fristen, die nächsten beiden Fristen laufen bis zum 1. August bzw. 1. Dezember.

www.uni-giessen.de/nachhaltigkeit
nachhaltigkeit@admin.uni-giessen.de

Büro für Nachhaltigkeit

Das 2021 gegründete Büro für Nachhaltigkeit (BfN) ist die zentrale strategische Koordinationsstelle für Nachhaltigkeitsthemen an der JLU. Zu seinen Kernaufgaben gehören unter anderem die Bündelung und Kommunikation von Nachhaltigkeitsaktivitäten an der JLU, die Koordination der Entwicklung und Umsetzung der JLU-eigenen Nachhaltigkeitsstrategie und die Beratung der Universitätsmitglieder rund um das Thema Nachhaltigkeit. Das BfN ist Ansprechpartner für Ideen und Impulse für eine nachhaltige Entwicklung der JLU.

Nachhaltige Mobilität der Zukunft

Physikochemiker Prof. Jürgen Janek erhält Ehrendoktorwürde der TU Delft für seine grundlegende Forschung in der Festkörperelektrochemie

pm/dit. Die TU Delft, die älteste technische Universität der Niederlande und eine der renommiertesten Universitäten weltweit, hat Prof. Dr. Jürgen Janek anlässlich der Feier ihres 180. Gründungsjahrs einen Ehrendoktor verliehen. Das Ehrendoktorat hat er für seine »grundlegende Forschung in der Festkörperelektrochemie und die internationale Führungsrolle in der Vermittlung seines Wissens und seiner Erfahrung« erhalten.

JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee gratulierte Prof. Janek herzlich: »Herr Kollege Janek ist einer unserer profiliertesten Wissenschaftler, der mit seinem Team in der Batterieforschung immer wieder neue Wege beschreitet. Seine Arbeiten an einer nachhaltigeren Mobilität der Zukunft und an ressourcenschonenden Methoden der Energiespeicherung haben für die Gesellschaft eine hohe Relevanz. Ich freue mich sehr für ihn über diese hochverdiente Auszeichnung.«

»Speeding up the Energy Transition« – mit diesem Motto feiert die TU Delft das 180. Jahr ihrer Arbeit seit der Gründung. Mit einer akademischen Feierstunde wurde die Eröffnung des Jubiläumsjahrs Mitte Januar begangen. In diesem Rahmen wurde auch der Gießener Physikochemiker Prof. Janek für seine langjährigen und erfolgreichen Forschungsarbeiten zur Festkörperelektrochemie (»Solid State Ionics«) ausgezeichnet.

Prof. Janek arbeitet auf dem Gebiet der Physikalischen Festkörperchemie, mit einem Schwerpunkt im Bereich der Elek-



Feierlicher Rahmen an der TU Delft: Übergabe der Ehrendoktorwürde an Prof. Jürgen Janek (l.) durch Rektor Prof. Tim van der Hagen (r.).

trochemie fester Stoffe und der Materialforschung für Batterien, und gehört zu den meistzitierten Wissenschaftlern weltweit. Er ist Professor für Physikalische Chemie an der JLU, Geschäftsführender Direktor des Gießener »Zentrums für Materialforschung« und wissenschaftlicher Leiter des

BASF/KIT-Gemeinschaftslabors »BELLA« in Karlsruhe. Er ist mit seiner Gießener Arbeitsgruppe Teil des Exzellenzclusters »POLIS« (Ulm/Karlsruhe). Zudem ist er Koordinator des Kompetenzclusters »FEST-BATT«, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird.

Gezielter Einsatz bildgebender Verfahren

Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń ehrt den Veterinärmediziner Prof. Martin Kramer für herausragende fachliche Leistungen

pm/chb. Die Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (Thorn), Polen, hat Prof. Dr. Dr. h.c. (Bursa) Martin Kramer in Anerkennung seiner herausragenden Leistungen zur Entwicklung der Kleintierchirurgie, der modernen bildgebenden Verfahren sowie für seinen Einsatz in der tierärztlichen Ausbildung die Ehrendoktorwürde verliehen.

Die Ehrung erfolgte im Rahmen einer Feierstunde durch den Rektor Prof. Dr. Andrzej Sokala. Der Gießener Veterinärmediziner, der seit 22. November 2021 das Amt des Vizepräsidenten für Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der JLU innehat, nahm die Auszeichnung seiner polnischen Kolleginnen und Kollegen kürzlich persönlich entgegen.

JLU-Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee gratulierte seinem Präsidiums-kollegen Prof. Kramer herzlich: »Diese ehrenvolle Auszeichnung durch die Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń zeigt einmal mehr, wie sehr die fachliche Expertise von Prof. Kramer auf dem Gebiet der Kleintierchirurgie im Allgemeinen sowie sein Beitrag zur Verbesserung der bildgebenden Diagnostik im Besonderen auch international wahrgenommen wird. Auch als Präsident der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft e.V. trägt Prof. Kramer zur engen Vernetzung mit nationalen wie auch internationalen Partnerinnen und Partnern bei.«

In seinen Forschungsarbeiten in der universitären Kleintierklinik beschäftigt sich Prof. Kramer unter anderem mit der Aussa-



Die Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń verleiht Prof. Martin Kramer (r.) im Rahmen einer Feierstunde die Ehrendoktorwürde.

gekräft der bildgebenden Diagnostik bei erkrankten Tieren mit den modernen Schnittbildverfahren vor, während und/oder nach chirurgischen Eingriffen. Dabei werden die diagnostischen und häufig neuen therapeutischen bzw. chirurgischen Ansätze auch im Hinblick darauf evaluiert, ob sie als Modelle für Erkrankungen des Menschen dienen könnten.

Es bestehen enge fachliche Verbindungen zur Nikolaus-Kopernikus-Universität. In die Weiterentwicklung der Verfahren in der neu gebauten Tierklinik in Toruń mit der dort vorhandenen modernen Bildgebung wird sich Prof. Kramer zusammen mit weiteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Gießen einbringen.

ahs-Fitnesspfad am Philosophikum

rh. Mit dem ahs-Fitnesspfad wird es sportlich in den Campusbereichen Philosophikum I und II. Auf knapp zwei Kilometern Länge hat der Allgemeine Hochschulsport (ahs) zwölf Stationsschilder aufgestellt, die auf dem Campusgelände zeitlich flexibel und kostenfrei genutzt werden können.

An jeder Station werden neben einer Mobilisationsübung zwei verschiedenen intensive Kräftigungsübungen mit dem eigenen Körpergewicht angeboten, die abwechselnd den Schulter- und Nackenbereich, den Rumpf und die Beinmuskulatur beanspruchen. Somit kann der ahs-Fitnesspfad sowohl als Ausgleich in der Pause als auch



Foto: ahs-Bildarchiv/Ebel

während einer Walking- oder Joggingrunde zur zusätzlichen sportlichen Betätigung genutzt werden.

Neben der bebilderten Übungsbeschreibung auf den Schildern ist über einen QR-Code die ahs-Homepage verlinkt, auf der nochmals eine Videoanleitung der Übung hinterlegt ist. Darüber hinaus gibt es an vielen Stationen zusätzliche Tipps für weiterführende Jogging-, Rad- und Wanderstrecken sowie zu Institutionen der JLU wie beispielsweise zum Botanischen Garten.

www.uni-giessen.de/ahs

AUS DEN FACHBEREICHEN UND ZENTREN

FB 01 – Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Bernhard Kretschmer ist erneut zum Dekan des Fachbereichs Rechtswissenschaft gewählt worden, und zwar diesmal mit verkürzter Amtszeit bis zum 30. September 2022. Die Amtszeit einer neuen Dekanin / eines neuen Dekans beginnt am 1. Oktober 2022. Eine weitere Wahl soll im Laufe des Sommersemesters stattfinden.

FB 02 – Wirtschaftswissenschaften

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften hat ein neues Leitungsteam. Seit dem 1. April haben Prof. Dr. Corinna Ewelt-Knauer als Dekanin, Prof. Dr. Arnt Wöhrmann als Prodekan und Dr. Jana Brandt-Gkavas als Studien-dekanin die Leitung übernommen. Die jeweilige Amtszeit dauert drei Jahre. Prof. Ewelt-Knauer ist auf Prof. Dr. Alexander Haas gefolgt, der seit 2019 als Dekan den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften geleitet hatte. Prof. Wöhrmann ist der Nachfolger von Prof. Dr. Christina Bannier. Studiendekanin Dr. Brandt-Gkavas ist die Nachfolgerin von Prof. Dr. Jürgen Meckl.

Prof. Dr. Christina Bannier, Professor für Banking und Finance, ist vom Vorstand der Deutschen Bundesbank in den Stiftungsrat der Stiftung Geld und Währung berufen worden. Sie ist die erste Frau, die seit der Gründung im Jahr 2002 als stellvertretendes Mitglied in den Stiftungsrat berufen wurde; ihre dreijährige Amtszeit hat Anfang Januar begonnen. Die sieben Mitglieder sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, von Ministerien und Banken. Die Stiftung Geld und Währung unterstützt die wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens.

Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des Forschungsbereichs »Digitale Ökonomie« am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und Professorin für Ökonomie der Digitalisierung an der JLU, bringt seit 2019 ihre Expertise im Bereich Digitalisierung und KI in der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) ein. Die Ökonomin war kürzlich virtuell bei der Übergabe des EFI-Jahresgutachtens an die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, dabei. Schwerpunktthemen des aktuellen Gutachtens sind u. a. Schlüsseltechnologien und technologische Souveränität, motorisierter Individualverkehr auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, Innovationen in der Plattformökonomie und Digitale Transformation im Gesundheitswesen.

Prof. Dr. Andreas Walter, Professor für Finanzdienstleistungen, ist in den Arbeitsausschuss »Finanzdienstleistungen für den Privathaushalt« des Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN) berufen worden. Seit Mitte Januar ist er einer von drei Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft des insgesamt etwa 30-köpfigen Arbeitsausschusses. Dieser wird eine Handreichung für Finanzdienstleister entwickeln, die die Nachhaltigkeitspräferenzen von Kundinnen und Kunden nach einem standardisierten Prozess ermitteln soll. Ab August 2022 sind Banken und Versicherungen verpflichtet, die Nachhaltigkeitspräferenzen in Beratungsgesprächen zu ermitteln und über die Nachhaltigkeitsaspekte der Finanzprodukte aufzuklären. Dabei sollen ESG-Standards bei den Themen Umwelt (Environment), Soziales (Social) und Unternehmensführung (Governance) berücksichtigt werden.

FB 05 – Sprache, Literatur, Kultur

Die Frankfurter Choreographin und Performancekünstlerin Joana Tischkau, Absolventin des Masterprogramms »Choreographie und Performance« der JLU, hat ein Otilie-Roederstein-Hauptstipendium erhalten, das mit 40.000 Euro (plus bis zu 30.000 Euro Projektmittel) dotiert ist. Tischkau diskutiert in ihren Arbeiten

Themen wie Rassismus, schwarze deutsche Identität oder Feminismus mit sub- und populärkulturellen, theatralen und choreographischen Formen. Die Jury zeigte sich überzeugt von Tischkaus künstlerischer Sensibilität und Kompetenz beim Hinterfragen gängiger Darstellungsmuster. Das HMWK fördert insgesamt neun Künstlerinnen in diesem neuen Stipendienprogramm, das Künstlerinnen und kulturschaffende Frauen fördern und in den Fokus rücken soll.

Kunst- und Kulturministerin Angela Dorn hatte die Stipendien im Gesamtwert von 240.000 Euro übergeben.

FB 08 – Biologie und Chemie

Prof. Dr. Hermann A. Wegner, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Organische Chemie, ist in Anerkennung seiner Forschungsleistungen mit dem Harris Distinguished Visiting Professorship des Dartmouth College, NH, USA, ausgezeichnet worden. Dies beinhaltet einen mehrwöchigen Aufenthalt mit Vorlesungstätigkeit am Dartmouth College in Hanover im Sommer 2022.

FB 10 – Veterinärmedizin

Prof. Dr. Stefan Arnold hat am 23. November 2021 die Leitung des Fachbereichs Veterinärmedizin übernommen und damit die Nachfolge von Prof. Dr. Dr. h.c. (Bursa) Dr. h.c. (Toruń) Martin Kramer angetreten, der seit dem 22. November 2021 JLU-Vizepräsident für Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist.

FB 11 – Medizin

Die Von Behring-Röntgen-Stiftung fördert auch in diesem Jahr talentierte Studierende. Mareike Kuder-natsch, die im vergangenen Wintersemester ein Medizin-Studium an der JLU aufgenommen hat, erhält von der Von Behring-Röntgen-Stiftung zwei Jahre lang ein mit 500 Euro pro Semester dotiertes Stipendium für Abiturbeste. Bei der Auswahl spielten nicht nur sehr gute Noten, sondern auch besondere Erfolge und Auszeichnungen sowie Engagement oder besondere Umstände eine Rolle.

In den Genuss eines von der Von Behring-Röntgen-Stiftung geförderten Deutschlandstipendiums in Höhe von 300 Euro pro Monat kommen Aseel Abou Ruslan, Taha Al-Sharaeai und Julia Findeisen. Die Hälfte der Stipendiumssumme wird von der Stiftung übernommen, die andere Hälfte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die feierliche Vergabe der Förderurkunden erfolgte im Rahmen eines Stipendientreffens in Marburg.

Prof. Dr. Gregor Bein, Zentrum für Transfusionsmedizin und Hämotherapie, ist von der Deutschen Gesellschaft für Transfusionsmedizin und Immunhämatologie e.V. die Präsidentschaft für die Jahrestagung 2022 im September in Mannheim übertragen worden.

Prof. Dr. Carolina Ganß, Zahnerhaltung- und präventive Zahnheilkunde, erreichte den 1. Platz beim Wrigley Prophylaxepreis für das interdisziplinäre Projekt »interdental biofilm reduction and composition after use of an activated and inactivated sonic toothbrush – a clinical study«, das sie gemeinsam mit den Teams um Prof. Dr. Nadine Schlüter, Freiburg, und PD Dr. Julia Caroline Dillhoff-Geisert, Basel, durchgeführt hat. Der unter der Schirmherrschaft der Deutschen Gesellschaft für Zahnerhaltung verliehene Preis zählt zu den renommiertesten Auszeichnungen in der Zahnmedizin und ist insgesamt mit 12.000 Euro dotiert.

Prof. Dr. Johannes Kruse, Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie, wurde auf der letzten Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Ärztliche Psychotherapie (DGPM) zum Ehrenpräsidenten ernannt.

